

Kostenlos!

Ausgabe Sechs

100/4
Mai 1997 12015

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität



Inhalt

Solinger-City: Mühlenplatzzentrum gefährdet Arbeitsplätze Spielplätze - Mangelware Grünbilanz - enttäuschend	3
Solinger Brandanschlag: Vier Jahre danach	5
Visa jetzt auch für Kinder!	6
Zur Geschichte des 1.Mai: Haymarket 1886	7
Protest! Euromarsch gegen Sozialabbau	8
32-Stunden-Woche Zum Zwickel-Vorschlag	9
Was ist dran an der Globalisierungsdebatte? Eine Position	10
Aggressionen heilen: Gewalt und Heilung aus zen- buddhistischer Sicht	11
Hexenblatt: "Eine Frauenbeauftragte muß frauen- bewegt sein!" Zu Besuch bei der Gleichstellungsstelle	12
Zum Tode von Anne Wagner	13
Die, die mit den Händen fliegen Fledermäuse in Solingen	14
Direkte Demokratie — nur eine Utopie? Eine Beispiel aus der Türkei	16
Mahnmale in der BRD Vom Umgang mit der Erinnerung	17
Solinger Grundgesetz Kissel und Scholle	20
Happy Birthday! Große Kisselgeburtstagsparty auf Schloß Burg	22
Bibo in der Krise? Ein Märchen, dessen Ende noch offen ist	22
Buchtipp	23
LeserInnenbriefe	23
Gruppentreffs und Bürgerfunker Termine	24

Editorial

Je mehr Tacheles einer redet, desto unbeliebter ist er. Schnell stempelt man ihn zum Idioten, zum Clown, der nicht ernstgenommen werden darf. Wirft man einen Blick zurück in die Geschichte, so gibt es zahlreiche derartiger Figuren. In der jüngeren Geschichte fällt einem spontan die 68er Generation ein, die man allzusehr als ein Konglomerat langhaariger linker Chaoten abqualifizierte. Aber auch die Grünen in ihren Anfängen und, etwas weiter zurückblickend, die SPD wären da zu nennen. Während letztere zu Anfang gefürchtet, verfehmt, verhaßt und in den letzten zwölf Jahren der Bismarck-Zeit, von 1878 bis 1890, verfolgt wurde, galten erstere als träumende schmutzige Turnschuhpolitiker, die wieder zurück in die Steinzeit wollten. Was früher galt, ist heute immer noch aktuell. Und so verwundert es einen nicht, daß sich die Geschichte vom Idioten, wenn auch mit anderen Figuren und Konstellationen, auch heute immer wieder ereignet. Nicht zuletzt gilt dies auch für das vorliegende Druckwerk. Den einen sind wir mittlerweile zu bürgerlich geworden. Wir seien nicht mehr radikal genug, heißt es da in autonomen Kreisen. Zudem fehle uns die Breitenwirkung: statt den einfachen Menschen von der Straße anzusprechen, würden wir zu einer elitärliberal-intellektuellen Zeitung verkommen. Paradoxe Weise ist die **tacheles** in den Augen anderer schlichtweg ein autonomes Schmierblatt (Im Jargon des Solinger Tageblatts heißt das dann "Antifa-Postille"). Und auch im Urteil führender Solinger Politiker schneidet die **tacheles** nicht gut ab: Während der eine es wenigstens noch offen sagt: "So'n Quatsch les ich nicht" (Oberstadtdirektor Ingolf Deubel), machen es andere hinterrücks und versuchen, Anzeigenkunden davon abzuhalten weiterhin in der **tacheles** zu werben. Schließlich hat sich sogar auch bei Teilen der Grünen gewisses Unbehagen gegenüber un-

serem Blatt breitgemacht. Wie es ausgeht werden wir noch sehen... . Zuguterletzt muß noch ein honoriger Bürger dieser Stadt erwähnt werden, der sich zu Anfang des Jahres im alt-ehrwürdigen Schloß Burg von seinen stramm- und aufrechtgebliebenen Kameraden hat hochleben lassen. Die Rede ist von Günther Kissel. Der Prozeß gegen die **tacheles** ist immer noch nicht zu einem Ende gekommen und man darf gespannt sein, ob es Kissel gelingt im Doppelpaß mit der Wuppertaler Staatsanwaltschaft seine braungetränkte Weste wieder einmal weißzuwaschen (Wie schon gesagt, die Geschichte wiederholt sich ständig).

Trotz aller Kritik, oder besser gesagt wegen aller Kritik ist es nötiger denn je, Stachel im Fleisch derer zu sein, die in Solingen das Sagen haben. So will diese Zeitung Organ all derer sein, die sich nicht mit dem Grau(en) der Solinger Politik abfinden, die nicht akzeptieren, daß Politik zu einem Forum der Industrie und Handelskammer verkommt und die trotz allgemeiner Utopie- und Ideenlosigkeit die Vision einer solidarischen und geschwisterlichen Gesellschaft in sich tragen. Zugleich will diese Zeitung Anwältin all derer sein, deren Stimmen nicht gehört werden. Wer berücksichtigt denn z. B. die Interessen von Jugendlichen und Frauen bei der Neugestaltung des Mühlenhofs? Darüberhinaus stellt die **tacheles** als alternative Zeitung einen Gegenpol zur üblichen Hofberichterstattung der hiesigen Medien dar.

Zum Schluß möchten wir uns noch bei all denen bedanken, die sich, in welcher Form auch immer, solidarisch mit der **tacheles** gezeigt haben und hoffen, daß es noch mehr Menschen in Solingen gibt, die sich nicht mehr bevormunden lassen und ihre Interessen in die eigene Hand nehmen.

Also dann, viel Spaß beim Lesen!

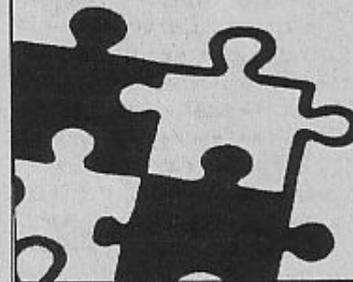
Eure **tacheles** Redaktion

SOS-Rassismus Solingen e.V.

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

- ✱ organisiert Aktionen, Veranstaltungen und Projekte um das **Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verbessern** (internationale Festivals, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen, Kulturveranstaltungen etc.)
- ✱ berät, vermittelt und **hilft Menschen**, die rassistischen Bedrohungen oder Diskriminierungen ausgesetzt sind.
- ✱ ist im Bereich der **Flüchtlings- und Asylarbeit** aktiv.
- ✱ arbeitet mit **vielen Initiativen** zusammen und unterstützt deren ehrenamtliche Arbeit.
- ✱ ist **wachsam gegenüber ausländerfeindlichem Verhalten** und rechtem Gedankengut.

Informationen unter: Postfach 101191 · 42611 Solingen
Telefon (0212) 20 1000 · Fax (0212) 205137



Menschen, die sich gerne ehrenamtlich engagieren oder Mitglied werden wollen sind herzlich willkommen.

Spendenkonto 31310
Stadtparkasse Solingen
BLZ 34250000



Spielplätze in der Innenstadt: Mangelware!

Eltern mit kleinen Kindern werden es schon lange gemerkt haben, jetzt ist es amtlich: In Solingen gibt es zu wenige Spielplätze, die vorhandenen werden zum Teil noch verplant, ohne daß ausreichender Ersatz geschaffen wird. In einer Vorlage zum Jugendhilfeausschuß kritisiert das Jugendamt die Planungen zur Entwicklungsmaßnahme „Südliche Innenstadt/HBF“: Über die vom Rat am 12.12.1996 beschlossene Maßnahme schreibt es: „Die dargestellten Maßnahmen stellen erhebliche Eingriffe in die Spielplatzsituation der südlichen Innenstadt dar.“ So soll der Spielplatz HBF (Hauptbahnhof) an seinem bisherigen Standort verschwinden und ein paar Meter weiter kleiner wieder aufgebaut werden. Der Bolzplatz soll dabei ersatzlos entfallen.

Beim Spielplatz Birkenweiher wird „die Netto-spielfläche verringert und Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt“. Hier sollen in den Park am Birkenweiher zusätzliche Wohnhäuser gebaut werden. „Durch das Fehlen jeglicher Abstandsflächen (heute 30m zur Wohnbebauung) würde das heute vorhandene Nutzungspotential entwertet. Aus einem traditionellen Spielplatz mit Parkanlagencharakter für Nutzer aller Altersklassen würde ein Spielplatz in einem Wohninnenblock entstehen, auf dem Einschränkungen der Nutzungen (Spielwert), Selektion der Altersgruppen und andere Einschränkungen die Folge sein werden.“

Der Clou bei diesem tollen Stück Innenstadttattraktivierung: Nach einer Richtlinie des Innenministeriums NRW wird der Richtwert für die städtische Bereitstellung von Kinderspielplatzfläche im Bereich Innenstadt/ Südliche Innenstadt heute nur zu 58% erreicht, nach der vorgesehenen Entwicklungsmaßnahme werden nur noch 32% der notwendigen Spielplatzfläche vorhanden sein. Der Jugendhilfeausschuß beschloß denn auch, die Verwaltung zu beauftragen, „vor planerischer Inanspruchnahme und Einschränkung bestehender Spielflächen im Innenstadtbereich konkrete Ersatzflächen im Innenstadtbereich zu benennen und entsprechende Konzepte vorzulegen.“

Es ist allerdings sehr fraglich, welchen Sinn es machen soll, einen bestehenden gutgenutzten Park zu verkleinern, den vorhandenen gut angenommenen Spielplatz am Bahnhof zu verkleinern um einige Meter zu verlegen und anschließend neue Flächen zu suchen, um diesen Eingriff auszugleichen. Konsequenter wäre gewesen, hätte der Jugendhilfeausschuß den Rat aufgefordert, die Planungen so zu ändern, daß keine Spielflächen mehr verschwinden müßten.

Bis jetzt ist auch völlig offen, ob überhaupt ein späterer Ausgleich erfolgen wird. Schaut mensch sich den Stellenwert von Spiel- und Grünflächen in der Stadtplanungspolitik an, werden ernste Zweifel aufkommen: So ist bis

heute unklar, ob die Funktion des Mühlenplatzes als Ort des Spielens (Streetballanlage, Freiraumnutzung ...) ausgeglichen wird. In Ohligs ist eine große Spielfläche an der Sauerbreystraße mit Gebäuden überplant (auch hier ist der Jugendhilfeausschuß zu recht nicht mit der angedachten Alternative am weit entfernten Schützenplatz zufrieden). In vielen Bebauungsplangebieten werden Spielplätze zwar eingeplant aber nie verwirklicht. So kommt es, daß der vom Land festgesetzte Richtsatz für Kinderspielflächen nicht nur in der Südlichen Innenstadt, sondern an vielen Stellen der Stadt unterschritten wird. Vom Verlust der ursprünglichen Spielflächen, wohnungsnahen Wiesen und Waldflächen gar nicht zu reden.



Grünbilanz für die Innenstadt enttäuschend

Eine Anfrage in der Bezirksvertretung Mitte bestätigte die schlimmsten Befürchtungen: Die Verwaltung teilte mit, daß nach dem Umbau der Innenstadt „sich die Gesamtbilanz der Grünsituation in der Innenstadt in Bezug auf Temperaturminderung und Erhöhung der relativen Luftfeuchtigkeit, Beeinflussung des CO₂ - O₂ Verhältnisses, psychogenes Wohlbefinden usw. verschlechtern wird. Hierbei ist in der Regel von einem Zeitraum von 25 - 30 Jahren auszugehen (...)“ 154 Bäume wurden und werden noch gefällt, nach den bisherigen Planungen sollen zwar 167 als Ersatz gepflanzt werden. Die neuzupflanzenden Bäume werden jedoch wesentlich jünger und kleiner als die vorhandenen sein. Zudem sind die Planungen der Neupflanzungen in der Regel nur eine „Prognose“. Wenn im Herbst die Motorsägen auf dem Mühlenplatz anrücken und hier 79 Bäume plattmachen, können wir also auf das Jahr 2022 warten, bis wenigstens die bisherige Grünsituation vielleicht wieder erreicht ist. Dabei war die Innenstadt bisher doch schon eher grau als grün.

Mühlenplatzzentrum gefährdet Arbeitsplätze

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das gilt auch, wenn man formal rechtzeitig kommt. Das mußte auch die KARSTADT-AG erfahren, die nach der Offenlage des Bebauungsplanes Mühlenplatz einen Einspruch an die Stadtverwaltung schickte.

Was im Baugesetzbuch so vorgesehen ist, den BürgerInnen nach der Offenlage die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung darzustellen und damit ein erneutes Nachdenken der PolitikerInnen zu bewirken, entspricht noch lange nicht der politischen Realität. Hatten sich die PolitikerInnen doch längst auf den neuen Konsumtempel auf dem Mühlenhof festgelegt. Doch wogegen sprach sich der Karstadt-Konzern aus? „Vielmehr ist bei Realisierung der vorgesehenen Einzelhandelsflächen zu befürchten, daß es zu einem sog. trading-down und zu Wettbewerbsverdrängungen im Einzelhandel kommen wird. Gegenwärtig ist eine zunehmende „Torschlußpanik“ vieler Städte zu beobachten, die glauben, Verkaufsflächen erweitern zu müssen, damit nicht noch mehr Kaufkraft in das

Umland abfließt bzw. wieder zurückgeholt wird. (...) Das bedeutet, daß neue Verkaufsflächen mit quantitativen und damit qualitativen Verlusten auf vorhandenen Verkaufsflächen „bezahlt“ werden. (...) Schließungen von Einzelhandelsgeschäften dürften demzufolge in Solingen bei Realisierung des Ansiedlungsvorhabens zu befürchten sein.“

Karstadt befürchtet insbesondere die Ansiedlung eines SB-Warenhauses im neuen Zentrum und weist auf drohende Arbeitsplatzverluste in Solingen hin: „Dies hat als Ergebnis eine Verringerung des Arbeitsplatzangebotes im Einzelhandel zur Folge (...). Dabei werden insbesondere Arbeitsplätze entfallen, die im Vergleich zu den neugeschaffenen Arbeitsplätzen durch einen qualifizierteren Ausbildungsstand und durch eine bessere Bezahlung gekennzeichnet sind.“

Doch es kam, wie es kommen mußte, die Bezirksvertretung beschloß mit SPD, CDU und FDP gegen den grünen Bezirksvertreter den Bebauungsplan als Satzung festzulegen.

Dietmar Gaida



Mühlenplatz: Der letzte Sommer

CAFE DIVA
Restaurant

*Anatolische
Spezialitäten*

ein Stück Essen mit Kultur *täglich 10 – 22 Uhr geöffnet* *Inhaber: Memet Yildiz*



Solinger Brandanschlag: 4 Jahre danach

Fortgesetzte Schande

Am 29. Mai jährt sich zum vierten Mal der Tag, an dem fünf türkische Frauen und Mädchen bei einem rassistischen Mordanschlag auf der Unteren Wernerstr. in Solingen auf grausame Weise ihr Leben verloren. Ihre Gräber in Mercimek/Türkei erinnern an ihr jäh beendetes junges Leben und die nationalistisch motivierte Schandtat, der sie zum Opfer gefallen sind. Soweit ihre Angehörigen das Inferno überlebt haben, haben sie schweren Schaden an Leib und Seele erlitten. Ihre Verletzungen werden sie ihr Leben lang begleiten und jeden Tag aufs neue das Leid zurückerufen, das den Toten und den Überlebenden widerfahren ist, aber auch Zeugnis dafür sein, daß eine solche Tat niemals gesühnt werden kann.

Für das Verbrechen büßen vier junge Menschen im Gefängnis, wobei erhebliche Gründe für eine Annahme sprechen, daß nicht alle Verurteilten Täter sind, sondern als Opfer für die Reinwaschung deutschen Ansehens und Gewissens mißbraucht worden sind. Der mit der Urteilsverkündung erwirkte Schein von Gerechtigkeit ist verfehlte Politik, die sich die Verurteilten, schuldig oder nicht, als Bürgen hält. Ein mutmaßlicher organisierter Hintergrund blieb im Dunkeln. Hak-Pao-Führer und V-Mann Bernd Schmitt spielte die Rolle des braven Verfassungsschutz Helfers, wie sein Chef, der Innenminister, es von ihm wollte, damit dessen eigener Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Solinger Brandanschlags kein Thema wurde. Als Dankeschön an Schmitt, aber auch weil es sonst so gut ins Konzept paßte, hat ihm das Gericht in lammfrommer Manier alles abgenommen, was er sich ausgedacht hatte. Welcher Richter wollte aber auch schon einen organisierten Hintergrund erkennen, den der Innenminister über seinen Doppelagenten Schmitt dann feste mitorganisiert hatte? War es so, dann hatte Schmitt allen Grund, die Angeklagten im Regen stehen zu lassen, und wenn ihnen zehnmals lebenslänglich gedroht hätte. Die bloße Tatsache, daß sich der hochrangige Minister Schnoor den schillernden Neonazi Schmitt zu Diensten gemacht hatte, der dann in den Brandanschlag verwickelt war, hat jede vernünftige gerichtliche Wahrheitsfindung verhindert.

Das Verbrechen war das Werk militanten Kampfes gegen "Überfremdung". Sogar solche Parteien und Politiker, die dieses Wort auch heute im Munde tragen, wie andere Leute "Guten Tag" sagen, haben ihre Hände in Unschuld gewaschen. Doch auch diese Heuchelei kann nicht darüber hinwegtäuschen,

daß der Brandanschlag die Erreichung eines faschistischen Etappenzieles markierte: die exemplarische Traumatisierung einer türkischen Familie als Schockmittel zur Verbreitung von Angst und Schrecken unter Millionen einzelner Menschen, die als "Mitbürger" ohne Bürgerrechte Zielscheibe politischen Rassenwahns sind, der - neben ungezählten Opfern mit bleibenden Verletzungen - bereits über ca. 100 Tote im Land gefordert hat und weitere Opfer fordern wird.

Die Bundesregierung versprach, "Ausländer" in Zukunft besser vor ihren Feinden zu schützen, und ... nahm den von den Brandschätzern geführten Stab der Gewalt souverän in die eigene Hand, um unerwünschte "Fremde" mit viel mehr System das Fürchten zu lehren.

Ein paar Tage zuvor hatte eine große Mehrheit der Parlamentarier das Grundgesetz geändert und jedes Recht auf politisches Asyl praktisch zunichtegemacht... als der so reformierte "Rechtsstaat" noch jedem Kind, das vor einem Bürgerkrieg flieht, künftig zur Auflage machte, in seinem "Heimatland" legal ein Flugzeug zu besteigen, um überhaupt eine Chance zu bekommen, in Deutschland nicht als "Wirtschaftsflüchtling" zu gelten, sollte es dort jemals ankommen. Mit entschuldigendem Händeringen kam dieses Gesetz als Asylkompromiß" daher. Dieser "Kompromiß" beinhaltete das Grundrecht auf die völlige Rechtlosigkeit im Asylverfahren von 99,9 % aller Männer, 99,99 % aller Frauen und 99,999999 % aller Kinder, denen politisches Asyl in Deutschland hätte gewährt werden müssen... wenn sie sich nur rechtzeitig das Flugticket (= 10 bis 100 Monatslöhne), eine Sonnenbrille und das Bakschisch für die Flugkontrolle beiseite gelegt hätten.

Unerwünschte Eindringlinge, die auch noch als Flüchtlinge anerkannt werden müssen, waren so kaum noch zu erwarten. Doch damit nicht genug, ging es Regierung und Verwaltung fortan darum, hier ansässige Flüchtlinge, Asylbewerber und -berechtigte aus der Bundesrepublik zu vertreiben bzw. hinauszuekeln. Man errichtete Abschiebeknäste, schob ab in Gebiete von Folter und Völkermord, verschärfte Ausländergesetze, ließ menschenrechtliche Barrieren fallen, lehnte Aufenthaltsbegehren regelmäßig ab, wenn sie von Frauen und Kindern stammten, grenzte unerwünschte Ausländergruppen systematisch aus durch Entzug von Wettbewerbschancen, Sozialhilfekürzungen, Ghettoisierung und Kriminalisierung +++.

Seitdem ist das "Deutschland den Deut-

schen"-Ideal zu einem bestimmenden Faktor politischer "Reformen" geworden, ein Unterwerfung heischender Maßstab, an dem heutzutage "Vernunft" und "Erfolg" von Politik gemessen werden. Man könne dem Rechtsradikalismus, geht die Rede, am besten Einhalt gebieten, indem man dessen Forderungen in "demokratische" Politik einbaut. Doch trotz geschönter Statistiken registrierte das Bundeskriminalamt allein 1996 14 fremdenfeindlich motivierte Brandanschläge auf Wohnheime für Asylbewerber und Ausländerunterkünfte. Meistens fehlte jede überregionale Berichterstattung. Höhnischer Konsens der Nachrichtensperre: Alles "Einzelfälle", geht die Rede.

Viel fremden- und menschenrechtsfeindlicher hätte die bessere Zukunft, die vor 4 Jahren salbungsvoll beschworen wurde, gar nicht aussehen können. Für noch einschneidendere Gesetze zur Herabsetzung und Entrechtung von "Ausländern" oder anderer gesellschaftlicher Gruppen war die Zeit zu kurz. Sowas braucht Jahre... Die werden kommen. Auf eine geänderte Politik von oben zu hoffen, etwa durch einen Regierungswechsel, wäre bequem, aber illusorisch. Jede Veränderung der Politik zum Positiven beruht auf dem Druck von unten. Das Gedenken an die Opfer des Brandanschlags verpflichtet jeden einzelnen von uns, für die Menschlichkeit der politischen Verhältnisse und gegen rassistischen Wahn zu kämpfen - noch viel mehr, wenn sichtbar wird, daß er von ganz oben kommt.

Otto Mann

Brandanschlag gut verdrängt? Drei Schlaglichter:

Der Auftrag des Rates vom 1. 7. 1993 an die Verwaltung, ein „Handlungsprogramm zur Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern“ vorzulegen, wurde bis heute nicht umgesetzt.

Auch im 4. Jahr nach dem Brandanschlag gibt es kein städtisches Mahnmal für die Opfer des Brandanschlags, obwohl der Rat dies am 3. 3. 1994 beschloß. Das ersatzweise vorgesehene Anbringen einer Gedenktafel in der Schule eines der Opfer ist wohl doch ein bißchen wenig.

Günther Kissel, der rechtsextremistische größte Bauunternehmer Solingens wird im März 1997 nicht etwa als Obermeister der Bauinnung abgewählt, nein, die bisher selbständigen Innungen der Bereiche Bau, Straßenbau und Zimmerer schließen sich zur Baugewerbe-Innung Solingen zusammen. Einstimmig gewählter Vorsitzender: Günther Kissel.

Krabat

29. 5. 1997 19.00 Uhr: Stilles Gedenken am Mahnmal Mildred-Scheel-Schule

Wieder eine neue Verschärfung der Ausländergesetzgebung, diesmal auf dem Rücken der Kinder!

Mit Wirkung zum 11. Januar 1997 ist eine Verordnung des Bundesinnenministers Manfred Kanther in Kraft getreten, die eine Visapflicht für Kinder aus den ehemaligen "Gastarbeiter Anwerbeländern" vorsieht und damit gleichzeitig Kinder und Jugendliche in den Kreislauf, behördlich zu erteilender Aufenthaltsgenehmigungen bringt.

Die Familien müssen bis zum 31. 12. 97 eine Aufenthaltsgenehmigung für ihre Kinder beantragen. Voraussetzung hierfür ist, daß die Kinder legal eingereist sind und mindestens ein Elternteil eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt.

In Solingen sind davon ca. 3000 Kinder aus Bosnien Herzegowina, Jugoslawien, Kroatien, Marokko, Mazedonien, Slowenien, der Türkei und Tunesien betroffen.

Die Argumentationsschiene Kanthers ist dünn.

So begründete er beispielsweise die Verordnung damit, daß diese Gesetzesverordnung die Arbeit von Schlepperbanden bekämpfen und die Kinder schützen würde.

Doch das Gegenteil wird der Fall sein. Lediglich die Preise für Schlepper werden in die Höhe getrieben und die Belastungen für Kinder durch illegale Einreisewege vermehrt.

Wir schreiben das "Europäische Jahr gegen Rassismus".

Die Einführung der Visapflicht kann nur noch als Hohn verstanden werden, wenn in diesem Jahr durch eine weitere Verschärfung des Ausländerrechtes bisherige Integrationsbemühungen erheblich behindert und ad absurdum geführt werden.

Es ist allzu deutlich, daß sich auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen die "Ausländer raus"-Politik der Bundesregierung fortsetzt und letztendlich Familienzusammenführungen verhindert werden.

Die Verordnung reiht sich nahtlos in die diskriminierende Gesetzgebungspraxis der letzten Jahre ein, die z.B. mit Leistungskürzungen für Asylsuchende (neuerdings auch für Bürgerkriegsflüchtlinge) mit Ausländer- und Demonstrationsrechtsverschärfungen daherkommt.

Man kann sich des Eindrucks nicht verwehren, daß hiermit ein Vorwand gesucht wurde um ein ganz anderes Ziel zu erreichen; nämlich den in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen ganz klar zu verdeutlichen, daß sie eigentlich nicht dazugehören.

Eine derart restriktive Ausländerpolitik führt dazu, daß die Stammtischpolitiker Oberwas-



ser gewinnen und rassistisches Denken und Handeln durch die Gesetzgebung untermauert wird.

Statt eine längst überfällige Liberalisierung des Ausländergesetzes zu betreiben, statt der Reformierung des auf Blutrecht orientierten Einbürgerungsrechts, statt das Einwanderungsland BRD zu gestalten, wird die Festung Europa als "Turmbau zu Babel" verstanden. **SOS Rassismus**

Meier's
LOKAL

AB SOFORT BIERGARTEN GEÖFFNET !!!
(jeden Tag ab 18:00 h)
SONNTAGS AB 10:00 h FRÜHSTÜCKSBUFFET
(bei Sonne auch im Garten)

NEU IM AUSSCHANK
DAS KULTGETRÄNK AUS DEM OSTEN

Radeberger
PILSNER

Zur Geschichte des 1. Mai: Haymarket 1886

Am 4. Mai 1886 wurde in den Vereinigten Staaten zum ersten Mal eine Bombe geworfen. Sie fiel in einen Polizeitrupp, der eine ArbeiterInnenkundgebung in Chicago zu sprengen droht. Die Polizei eröffnete das Feuer. Auf dem Haymarket blieb ein getöteter Polizist zurück (sechs weitere erlagen in den folgenden Wochen ihren Verletzungen); ungezählt bleiben die erschossenen ArbeiterInnen. Die vermeintlichen Bombenleger waren schnell gefunden. Fünf der acht Festgenommenen wurden zum Tode und die drei weiteren zu lebenslanger Haft verurteilt. Die amerikanischen Gewerkschaften hatten zum ersten Mai 1886 zum Generalstreik für den Achtstundentag aufgerufen, wodurch die gesamte Industrie zum Erliegen kam. An der Spitze der Bewegung standen AnarchistInnen und SozialrevolutionärInnen.

Der Kampf um den 8 Stunden Tag

Am 1. Mai demonstrierten 80.000 ArbeiterInnen in den Straßen von Chicago. Aufgeschreckt durch die Macht und Solidarität der ArbeiterInnen sammelten die Chicagoer KapitalistInnen ihre Truppen um die Demonstrationen zu zerschlagen. Ein riesiges Polizeiaufgebot verstärkt durch Spitzel und Spezialeinheiten stand bereit. Im Hintergrund wartete die Staatsmiliz mit 1350 Soldaten. Bürgerkomitees von Geschäftsleuten wurden gegründet und die Zeitungen versuchten mit tendenzieller Berichterstattung die ArbeiterInnenbewegung zu spalten.

Am dritten Mai versammelten sich 6000 Mitglieder der Holzverladegewerkschaft zu einer Massenversammlung vor den McCormickwerken in Chicago. Als StreikbrecherInnen versuchten die Fabrik zu verlassen, wurden sie von den Versammelten zurück in die Fabrik gedrängt. Plötzlich erschien eine 200 Mann starke Spezialeinheit der Polizei, die die Streikenden ohne Vorwarnung mit Knüppeln und Revolvern angriff. Dabei wurden vier ArbeiterInnen getötet und weitere vier schwer verletzt. Aus Protest organisierten anarchistische Gruppen am 4. Mai eine Kundgebung auf dem Haymarket.

Die Haymarketbombe

Am Abend des 4. Mai befanden sich dort ca. 1000 Menschen. Als die Polizei den Platz umstellte und die Versammlung auflösen wollte, detonierte aus bis heute ungeklärten Gründen eine Bombe inmitten des Polizeitrupps. Durch die Explosion wurden ca. 70 Polizisten verletzt und sieben starben. Die meisten von ihnen sind Kugeln zum Opfer

gefallen, die mit größter Wahrscheinlichkeit von ihren eigenen Kameraden abgefeuert worden waren. Wieviele ArbeiterInnen bei dem Haymarket Massaker ums Leben kamen, ist bis heute nie festgestellt worden.

In den nächsten Tagen kam es zu einer Verhaftungswelle in Chicago. In den Wohnungen vieler Verdächtiger wurden von der Polizei Waffenlager eingerichtet, um sie nachher entdecken zu können.

Am 5. Mai wurden die Anarchisten August Spies, Samuel Fielden und Michael Schwab verhaftet. Mit Albert R. Parsons wird nach einem weiteren Redner und potentiellen Bombenleger gefahndet. In den folgenden Tagen nimmt die Polizei Georg Engel, Adolf Fischer, Oskar Neebe und Louis Lingg in Gewahrsam. Von Parsons fehlt jede Spur.

Am 21. Juni 1886 werden die festgenommenen Arbeiter und der flüchtige Parsons des gemeinschaftlichen Mordes angeklagt. Ein gewaltiger Schauprozeß begann, dessen Ziel es war, die anarchistische Bewegung in den USA zu zerschlagen.

Der Prozeß

"Das Gesetz klagt die Anarchie an! Diese Männer wurden anstelle von Tausenden vor Gericht gestellt, nicht etwa weil sie schuldiger sind, sondern weil sie deren Anführer waren. Gentlemen! Statuiert ein Exempel an ihnen, hängt sie! Nur so retten wir unsere Institutionen, unsere Gesellschaftsordnung!"
(Staatsanwaltschaft)

Zu einer Sensation kommt es wenige Stunden nach Prozeßbeginn. Parsons, der sich bis dahin versteckt hatte, kam in den Gerichtssaal und setzte sich zu seinen Genossen auf die Anklagebank.

"Nein, ich erwarte nicht, jemals wieder ein freier Mann zu sein. Sie werden mich töten. Aber ich könnte meine Freiheit sowieso nicht ertragen, während meine Genossen für etwas leiden, was sie ebensowenig verbrochen haben, wie ich."
(Parsons)

Im Prozeß stellt sich heraus, daß die beiden Hauptbelastungszeugen von der Polizei durch Folter und Morddrohungen zu ihren Aussagen gezwungen wurden. Damit gelang es der Staatsanwaltschaft nicht ihre Mordanklage aufrecht zu erhalten. Ihr bleibt nichts anderes übrig als die Anklage weiterzufassen.

Das Urteil

Am 20. August verkündete der Sprecher der Geschworenen, die sich einzig und allein aus Geschäftsleuten zusammensetzten, unter dem Tatvorwurf der Verschwörung zur Ermordung von Polizeibeamten, das Todesurteil

gegen fünf der Angeklagten.

Samuel Fielden, Michael Schwab und Oskar Neebe kamen mit 15 Jahren Zuchthaus davon. Eine Revision des Urteils wurde vom Gericht abgelehnt. Am 10. November 1887 zerschmetterte Louis Lingg sich den Kopf mit einer in den Knast geschmuggelten Patrone. Er starb wenige Stunden später an den Folgen der Verletzungen. Am 11. November 1887 starben Adolf Fischer, Albert Parsons, August Spies und Georg Engel einen qualvollen Tod durch Erhängen.

Das Begräbnis der Anarchisten wurde zu einer überwältigenden Demonstration, 150 000 Menschen zogen durch die Straßen Chicagos, so daß die Polizei, die hatte eingreifen wollen, vor der gewaltigen Menschenmenge zurückwich.

1893 erklärte der neugewählte Gouverneur von Illinois den Schauprozeß von Chicago offiziell zum Justizmord und die noch einsitzenden Neebe, Schwab und Fielden wurden für unschuldig erklärt und konnten das Gefängnis verlassen. An die Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten und an ihre Standhaftigkeit, erinnert heute noch der 1. Mai, der vier Jahre nach der Niederschlagung der Achtstundenbewegung in den USA zum Kampftag der ArbeiterInnen in aller Welt erklärt wurde.

Nachtrag

Das Grabmal der Anarchisten steht heute noch auf dem Waldheim-Friedhof in Chicago. Anders dagegen erging es dem "Mahnmal für die gefallenen Polizisten" auf dem Randolph-Square. Nachdem es 1969 zweimal hintereinander von den "Weathermen" gesprengt worden war, wurde es in der Lobby des Chicagoer Polizeihauptquartiers in Sicherheit gebracht.

Floyd Schlemil

Impressum:

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt.

Kontakt und Zuschriften:

Werwolf 57 a, 42651 Solingen

Druck: Neuer Weg, Verlag und Druck Kaninenberghöhe 2, 45136 Essen

ViSdP und Herausgeber:

Gerd Kunde, Werwolf 57 a, Solingen

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Konto: 2 415 456 300,

BLZ 330 101 11, Kontoinh.: F. Prinz



Gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung

In Amsterdam tagen am 16. und 17. Juni die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Unter dem Titel "Maastricht II" soll weiter am Europa der Banken und Konzerne gebaut werden. Der unsoziale, undemokratische und militaristische Charakter der Europäischen Union soll mit einer Revision der Verträge von Maastricht noch verstärkt werden. So sollen die sozialen Dimensionen, wie Demokratie-, Umwelt- und Beschäftigungsbedingungen zu Lasten der Großteile der Menschen verschärft und auch neue Polizei- und Militärapparate installiert werden. Die Regierungen wollen die Europäische Union damit im Kapitalinteresse effektiver machen.

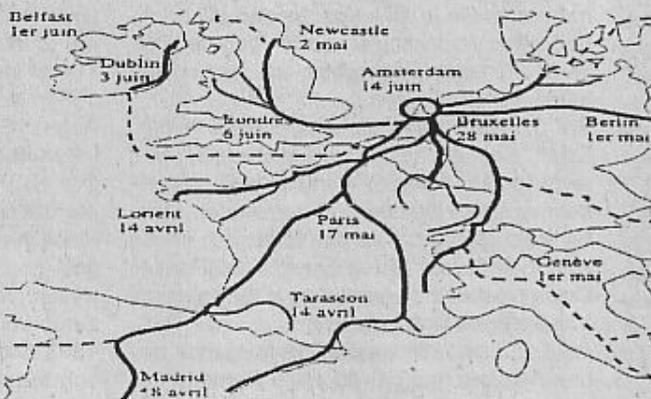
Ein breites internationales Bündnis bereitet sich auf einen Gegengipfel in der niederländischen Metropole vor. Hunderte von Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerverbänden, Organisationen und Gewerkschaften in ganz Europa rufen auf zum *Europamarsch gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung nach Amsterdam*.

Diese Aktion soll darauf aufmerksam machen, daß sich in der EU die soziale Situation dramatisch verschlechtert hat, daß es im Europa der EU rund 20 Millionen Erwerbslose und über 50 Millionen unter der Armutsgrenze lebende Menschen gibt. In einem Kommuniqué der Konferenz "Maastricht-Europa und Strategien gegen Erwerbslosigkeit" an der VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen in Mannheim teilnahmen, heißt es u. a.: "Europa steht an einem Scheideweg. Täglich fallen Tausende von Arbeitsplätzen globalen Konzernstrategien zum Opfer, die nur die Aktienkurse und Gewinne im Auge haben und in keinem Bezug mehr zu einem gesellschaftlichen Bedarf vor Ort stehen. Während die Zahl der Einkommensmillionäre seit 1994 um 30 Prozent gestiegen ist, hat die Zahl der Erwerbslosen den höchsten Stand seit 1932 erreicht. Schickanöse Gesetze wie das "Arbeitsförderungsreformgesetz" oder die Senkung der Sozialhilfe drücken immer breitere Bevölkerungsschichten unter die Armutsgrenze. Die Kriterien, die im Maastrichter Vertrag zur wirtschaftlichen Angleichung enthalten sind, werden von allen Regierungen in der EU benutzt, unsoziale Maßnahmen durchzusetzen.

Der Krieg gegen Arme, Obdachlose und Flüchtlinge, ihre systematische Vertreibung aus den Innenstädten, um die Kehrseite der maßlosen Bereicherung nicht sichtbar wer-

den zu lassen, fußen auf einer "Leistungs-ideologie", die offen an menschenverachtendes und ausgrenzendes Verhalten der Besitzenden appelliert. Der soziale Egoismus und die offene Entsolidarisierung bilden auch den Nährboden für die zahlreichen rechtsextremen Demagogen, die Losungen wie "Deutsche zuerst" und Rassenhaß predi-

nung, Gesundheitsversorgung und Bildung, ein Recht auf freie Niederlassung für jeden Menschen nach seiner Wahl, gleiche politische und soziale Rechte und gleiche Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern sollen durch Märsche, die quer durch Europa verlaufen, thematisiert werden.



gen. Wir wissen, wir haben nur eine Chance, die sozialen Probleme zu lösen, wenn wir über die Grenzen der Nationalstaaten und auch die Grenzen der Europäischen Union hinaus die Solidarität all derer schaffen, die von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung betroffen und bedroht sind. Wir müssen endlich anfangen, europaweit zu handeln, um die Entwicklung zu stoppen und eine Angleichung der Lebensverhältnisse nach oben durchzusetzen."

Diese Forderungen nach einem anderen Europa, in dem alle ein Recht auf einen Erwerbsarbeitsplatz und bedarfsgerechtes Einkommen haben, ein Recht auf preiswerte Woh-

Die Märsche haben am 14. April in verschiedenen europäischen Ländern begonnen und enden am 14. Juni in Amsterdam bei einer europaweiten Demonstration zum EU-Gipfel. Dort soll ein Gegengipfel zum Treffen der Staats- und Regierungsoberhäupter stattfinden, auf dem Alternativvorstellungen zu Europa entwickelt werden. Geplant sind Konferenzen, Treffen, Vorträge, Demonstrationen und Kulturveranstaltungen. Es soll dargestellt werden, wozu europäische Zusammenarbeit tatsächlich genutzt werden kann, nämlich für ein demokratisches und soziales Europa, für

eine durchgreifende Umwelt- und Beschäftigungspolitik. Wünschenswert wäre, wenn Euromarsch und Gegengipfel in Amsterdam einen ersten Meilenstein für eine gesamteuropäischen Bewegung für ein anderes Europa setzen würden.

Der erste Marsch in der Bundesrepublik startet am 1. Mai in Frankfurt / Oder, der zweite am 10. Mai in Basel und der dritte, eine Fahrraddemonstration, am 31. Mai in Demin / Mecklenburg. Der Marsch aus Basel trifft am 25. Mai mit TeilnehmerInnen aus Frankreich, der Schweiz und der BRD in Bonn ein. Hier gibt es also für alle KlingengstädterInnen Gelegenheit sich in den Marsch einzureihen.

Zora



Garten

Thomas Wendt
Odentaler Weg 225
42659 Solingen

Pflege und Gestaltung

Telefon
81 73 73

32-Stunden-Woche – der richtige Weg?

Am 9. April dieses Jahres schlug der Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, die generelle 32-Stunden-Woche unter Berücksichtigung eines differenzierten Lohnverzichts der ArbeitnehmerInnen vor. Er hat einerseits den Abbau der über 4,5 Millionen Arbeitslosen als auch die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze zum Ziel, die im Rahmen weiterer Rationalisierung immer mehr gefährdet erscheinen. Außer der strikten Ablehnung seitens der ArbeitgeberInnen bekam dieser Vorschlag auch auf der ArbeitnehmerInnenseite nur eine geringe Resonanz.

Die ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände war unter Berücksichtigung historischer Aspekte vorauszusehen. Bereits Ende des letzten Jahrhunderts wurde der 8-Stunden Tag gefordert, durchsetzen ließ sich dieser in Deutschland aber erst ab 1918, wobei der Samstag allerdings weiterhin normaler Arbeitstag war. 1931 forderten die Gewerkschaften zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit, die letztlich auch zu Hitlers Machtergreifung beitrug, erstmals die Einführung der 40 Stunden-Woche. Diese konnte jedoch vollständig erst 1975 nach jahrzehntelangen Arbeitskämpfen durchgesetzt werden. Mittlerweile hat die IG-Metall die 35-Stunden-Woche durchgesetzt, wobei in den vielen kleinen und mittleren Betrieben der metallverarbeitenden Industrie Solingens die 40-Stunden-Woche mit regelmäßigen Überstunden durchaus üblich ist.

Die Argumente der ArbeitgeberInnenseite gegen eine Arbeitszeitverkürzung waren dabei immer die gleichen. Der letzte deutsche Kaiser, Wilhelm II. stellte bereits fest, daß die Arbeiter seine zusätzliche freie Zeit im Wirtshaus verbringe oder mehr als bisher an agitatorischen Versammlungen teilnehme (das letztere Problem scheint dank Fernsehen fast gelöst). Auch führe die Arbeitszeitverkürzung zu einer unverhältnismäßig großen Belastung der deutschen Industrie gegenüber der ausländischen. Gerade das letzte Argument wird seitens der ArbeitgeberInnen und der Bundesregierung auch heute im Rahmen der Globalisierung der Wirtschaft gegen eine weitere Arbeitszeitverkürzung angeführt. Es müsse nicht weniger, sondern eher mehr für das gleiche Geld gearbeitet werden. Bundesinnenminister Kanther möchte z.B. die 38,5-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst wieder auf 40 Stunden erhöhen, obwohl bereits im Jahr 1996 78.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut wurden.

Bis zum Jahr 1975 wird der durchschnittliche Stundenlohn des Arbeiters auf 7,84 DM steigen und seine Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche fallen (Wahlkampfanzeige der CDU 1965)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellte in einem Gutachten von 1963 für den damaligen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhardt (CDU) fest: "Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß Arbeitszeitverkürzungen im Zeitpunkt konjunktureller Flaute bevorzugt durchgeführt werden, wobei der volle Lohnausgleich garantiert sein muß". Was von dieser Aussage auf die heutige Situation nicht zutrifft ist, daß wir trotz Massenarbeitslosigkeit nicht in einer konjunkturellen Flaute stecken und daß noch nicht mal führende Gewerkschaftler, wie Zwickel, den vollen Lohnausgleich fordern. Die hohe Arbeitslosigkeit ist zumindest teilweise selbstgestrickt und wird auch mit einer Steuer- und Sozialreform nicht beseitigt werden. Die geplanten Maßnahmen, wie Absenkung



der Sozialhilfe und Renten, Erhöhung der Selbstbeteiligung der Krankenversicherten, Senken des Arbeitslosengeldes und -hilfe sowie Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, werden die sozialen Konflikte in der Gesellschaft nur verschärfen. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen der Wirtschaft steigt dagegen an - von einer konjunkturellen Flaute kann also keine Rede sein. Das Problem besteht vielmehr darin, daß die Produktivität schneller steigt, als die Wirtschaft wächst, daß heißt wir stellen mit immer weniger ArbeitnehmerInnen immer mehr Produkte her. Deutschland müßte ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 4% erzielen, damit hierdurch neue Arbeitsplätze entstünden. Dies ist für eine hochentwickelte Volkswirtschaft aber eher unrealistisch. Bei der bisher durchgeführten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich argumentierte die Arbeitgeberseite immer, daß hierdurch der Rationalisierungsdruck durch die steigenden Stundenlöhne steigen würde. Dies trifft jedoch auf den Vorschlag von Zwickel nicht zu, da er zu einem Lohnverzicht bereit ist. Auch das immer wieder angeführte Argument der relativ kurzen Jahresarbeitszeit in

Deutschland macht die Arbeitsstunde nicht unbedingt teurer als in anderen Ländern. Durch die hohe Produktivität einer Arbeitsstunde, die weltweit in Deutschland neben Schweden am höchsten ist wird dieses wieder ausgeglichen.

Selbst wenn die Kosten eines Arbeitsplatzes sinken, werden die ArbeitgeberInnen nur sehr begrenzt in Deutschland investieren und neue ArbeitnehmerInnen anstellen. Ein Unternehmen muß heute dort produzieren, wo es was verkaufen kann. Dies ist bei einer exportorientierten Wirtschaft, wie der deutschen, nicht das eigene Land sondern z. B. die USA. Fakt ist zudem, daß es den ArbeitgeberInnen nicht um mehr Beschäftigung geht, wenn sie über die ach so hohen Arbeitskosten in Deutschland jammern. Für sie ist eine hohe Arbeitslosigkeit positiv - Einkommenswünsche der ArbeitnehmerInnen lassen sich aufgrund der Angst vor dem Arbeitsplatzverlust zu Zugeständnissen der ArbeitnehmerInnenseite umkehren. Die Gewinne, die durch die erhöhte Produktivität anfallen, kommen vollständig der Arbeitgeberseite bzw. den Aktionären zugute.

**Arbeitnehmer ist derjenige,
der die Arbeit gibt,
Arbeitgeber ist derjenige,
der die Arbeit nimmt.**

Doch warum reagiert die ArbeitnehmerInnenseite so reserviert auf Zwickels Vorschlag? Hier spielt wahrscheinlich auch der Egoismus der Arbeitsplatzbesitzenden gegenüber den Arbeitslosen eine Rolle, da ein Einkommensverzicht natürlich vielen nicht leichtfällt. Hierbei sollte allerdings berücksichtigt werden, daß ein Arbeitsloser in der Regel mit wesentlich weniger Geld auskommen muß. Die Beschäftigten finanzieren auch heute die Millionen von Arbeitslosen einschließlich deren Familien über ihre Sozialabgaben und ihre Steuerzahlungen mit. Wenn durch eine 32-Stunden-Woche mehr Menschen Arbeit finden würden, so könnten die Steuern und die Sozialabgaben gesenkt werden, so daß netto für den Arbeitnehmer nicht viel weniger übrigbleiben würde als heute. Wenn die ArbeitnehmerInnen nicht bereit sind, sich für die gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeit und damit auch des Wohlstandes einzusetzen, so werden sie auch ihre Arbeitsplätze im Zuge der fortschreitenden Produktivitätssteigerung und der damit einhergehenden Rationalisierung eines Tages gefährdet sehen. Wenn auch der Einwand berechtigt ist, daß eine generelle 32-Stunden-Woche zu un-differenziert sei, so scheint der Vorschlag dennoch in die richtige Richtung zu gehen.

Ob die ArbeitnehmerInnen ihre zusätzliche freie Zeit dann im Wirtshaus verbringen oder trotz der Warnungen Wilhelms II. an agitatorischen Versammlungen teilnehmen, bleibt abzuwarten. Letzteres wäre zumindestens wünschenswert.

Peanuts

Was ist der Gehalt der Globalisierungsdebatte?

Zur Kritik einer aktuellen Diskussion

Die Globalisierungsdebatte(1) hat in der deutschen Öffentlichkeit ihre Wirkung nicht verfehlt. Es kann vermutet werden, daß die Eroberung und Verwüstung des Globus durch das Kapital selten so wenig legitimationsbedürftig war wie heute. Ein Effekt der Globalisierungsdebatte scheint in der Tatsache zu liegen, daß die Perspektive, sich dem allgegenwärtigen "Imperialismus des Ökonomischen" in alle Lebensbereiche entziehen zu können, gänzlich abhanden gekommen ist: Die Ineinssetzung des eigenen Lebensraums mit dem "Standort Deutschland" ist in aller Munde, die unmittelbare Beziehung zwischen Lebenschancen und Kapitalinteressen ist in allen Köpfen.

Die Diskussion legt nahe, daß es ein neues, bedrohliches Niveau des Gegeneinanderausspielens von nationaler und internationaler Politik und internationaler und nationaler Wirtschaft gibt.

Dem Staat sei es bisher erfolgreich gelungen, die ökonomische Macht der Konzerne einzuschränken und Ressourcen(2) im Sinne eines sozialen Ausgleichs umzuverteilen, so der Tenor der Diskussion. Mit der Globalisierung setze nun eine Flucht des Kapitals aus nationalem Territorium ein, der gegenüber natio-

nale Politik ohnmächtig ist. Nationale Politik verliere im Zuge der Globalisierung an Bedeutung. Kriterien und Grenzen nationaler Politik wären von den Erfordernissen des Standortwettbewerbs vorgegeben. Im Zuge der Globalisierung ist der schlanke Staat gefragt, der gezwungen ist, soziale Ausgaben zu reduzieren, um im globalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu sein. Die Folge wäre ein schleichender Souveränitätsverlust des Staates. Staatliche Souveränität würde durch die Ausweitung der nationalen Volkswirtschaft zur globalen Ökonomie stark relativiert, die staatlichen Regulierungsmöglichkeiten in Bereichen Wirtschafts-, Sicherheits-, Forschungs- und Umweltpolitik stark eingeschränkt.

Im Zusammenhang mit der Rede vom Souveränitätsverlust des Staates ist es wichtig, sich zunächst die Funktion des Staates im Kapitalismus vor Augen zu führen. Es ist zu diskutieren, ob und wie sich gegebenenfalls staatliche Politik mit der Ablösung des Wohlfahrtsstaats im Übergang zum globalen Neoliberalismus(3) verändert und welche Funktion diese Debatte in der Öffentlichkeit hat.

Das Spannungsfeld zwischen Nationalstaat und internationalem Kapital ist nichts Neues im Kapitalismus, sondern von Anfang an ein Wesensmerkmal dieses Systems. Die Souveränität der Nationalstaaten ist als Mythos Bestandteil der Funktionsweise des Kapitalismus. Der Staat war nie eine autonome politische Einheit, die Machtposition eines Staates ist bestimmt von der Fähigkeit, in den eigenen Grenzen Kapital anzuhäufen zu fördern. Dabei haben die Kapitalisten schon immer ihre Macht dazu benutzt Staaten gegeneinander auszuspielen. Aufgabe staatlicher Politik ist es, Infrastruktur für Kapitalanhäufung herzustellen und polarisierende Umverteilung der ausbeuterisch angeeigneten Mehrarbeit der Menschen zugunsten weiterer Kapitalanhäufung vorzunehmen. Dabei galt es immer glaubhaft zu machen daß diese Infrastruktur und die staatliche Umver-

teilung von Ressourcen die Lebensbedingungen der Menschen sichert und sozialen Ausgleich schafft.

Dem entspricht auch das Bild von der Funktion des Staates, das in der Globalisierungsdebatte gezeichnet wird. Tatsächlich gilt es dabei zu verschleiern, daß staatliche Politik die Funktion hat, Bedingungen herzustellen, die die systematisch einseitige Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Herrschenden gewährleisten, also letztlich die Institutionalisierung und den Fortbestand von Ausbeutungsstrukturen sicherzustellen. Es wird suggeriert, daß der gesellschaftliche Reichtum von "oben nach unten" verteilt wird,



in Wirklichkeit wurde schon immer vermittelt der Aneignung der Pfründe der Arbeit der Menschen von "unten nach oben" verteilt.

Zur These vom Regulationsverlust(4) des Staates: Die Rede von der neuen "Enge" staatlicher Regulierung und vom "Sachzwang Weltmarkt", der gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten auslöscht, hat vor allem legitimatorische Funktion: Es werden objektive Sachzwänge und politische Fixpunkte vorgegeben, die eine Scheinobjektivität erzeugen, der man sich zu fügen hat. Tatsächlich arbeitet die Globalisierungsdebatte einem von konkreten Personen initiierten Herrschaftsprojekt zu, die dem Kapitalismus eine neue, neoliberale Gestalt geben wollen. In diesem Rahmen werden den Nationalstaaten von den herrschenden politischen Akteuren neue Gestalten und Funktionen zugewiesen.

Der neoliberale Umbau des sogenannten Sozialstaats läuft hierzulande keineswegs auf einen schwächeren, zurückgenommenen Staat hinaus, wie die Rede von "weniger" bzw. dem "schlanken" Staat nahelegt. Wenn von "Freisetzung der Marktkräfte" gesprochen wird, hat das nicht weniger Staat zur Folge, sondern eine verschärfte Durchstaatlichung der Gesellschaft, die immer beschränkendere Lebensbedingungen der Menschen nach sich zieht und zur weiteren Verarmung der Gesellschaft führt. Beispiele für politische Maßnahmen und Gesetze in dieser Richtung sind die Infragestellung von Tarifverträgen, geplante Kürzungen der Sozialhilfe, Zuzahlungserhöhung für Medikamente. All das ist beispielhaft für die Ausweitung gesetzlicher Maßregelung des Staates, die die materielle Si-

Café Stadtgeflüster

das etwas andere Café

**Snacks Frühstück
Kuchen
Pannkuchen
Griechisches Gebäck
und vieles mehr...**

...zu super Preisen!

Hauptstraße 9 · 42651 Solingen · Telefon 0212/10568

Öffnungszeiten:
Mo. bis Sa 7.30 Uhr bis 22.00 Uhr,
So. & Feiertags 10.00 bis 21.00 Uhr



cherheit von immer mehr Menschen in Frage stellen.

Die Globalisierungsdebatte verweist auf die Notwendigkeit, weltweit einen flexibleren Zugriff auf ausbeutbare Ressourcen in Form von Mensch und Natur für Herrschaftsinteressen zu finden. Dies bildet den Rahmen für die Suche nach neuen politischen Strategien auf nationaler und globaler Ebene.

Die Standortpolemik - der Standort Deutschland wäre zu sichern - dient dazu, die in vorangegangenen politischen Kämpfen errungenen Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen.

Die vermeintlichen Errungenschaften des "sozialen Wohlfahrtsstaates" entspringen nicht der Absicht einer gerechten bzw. ausgleichenden Verteilung von Ressourcen, es handelt sich dabei vielmehr um Zugeständnisse, die in langwährenden politischen Kämpfen errungen wurden und in guten wirtschaftlichen Zeiten vor allem zur Herstellung des gesellschaftlichen Friedens dienten. Daß die im Rahmen bzw. bei Anerkennung der kapitalistischen Spielregeln für politische Auseinandersetzungen erkämpften Kompromisse nicht von Dauer sind und auch wieder zurückgenommen werden können, zeigt die aktuelle politische Wende zum Neoliberalismus: Soziale Kürzungen gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, ist gegenwärtig an der Tagesordnung.

In der Klage über den Verlust des politischen Spielraums des Staates drückt sich auch die Unmöglichkeit aus, globale Gefährdungen im Nachhinein zu bewältigen, die aufgrund der Funktionsweise des Kapitalismus immer wieder systematisch entstehen: In der kapitalistischen Produktionsweise geht es nicht um die kollektive Herstellung von Gütern, die die Menschen zum Leben brauchen, sondern um die Unterordnung und Vernutzung von Mensch und Natur unter die Bedingungen des Kapitals zugunsten einseitiger Reichtumsan-

häufung der herrschenden Klasse. Dabei ist wesentlich in Betracht zu ziehen, daß die kapitalistische Wirtschaft nur um den Preis der fortwährenden Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mensch und Natur stattfinden kann. Kapitalistische Ausbeutung ist nur auf der Grundlage lebenslanger Zurichtung und Entmachtung der Menschen in den Organisationen dieser Gesellschaft möglich. Dies ist u.a. ein gewaltgestützter Prozess der Sozialisation der Menschen der in Institutionen wie Familie, Schulsystemen und Erziehung u.v.m. stattfindet.

Solange die Grundprinzipien dieser Produktionsweise nicht selbst in Frage gestellt werden, bleibt es dabei, daß immer wieder neu entstehende Probleme u.a. im Bereich natürliche Umwelt, weltweite Verarmung und psycho-soziale Verelendung im Nachhinein etwa durch Bildung immer neuer Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene verwaltet bzw. gehandhabt und eben nicht bewältigt werden, denn dies würde einen echten Bruch mit den Prinzipien des Kapitalismus voraussetzen: In diesem System geht

es nicht darum, daß möglichst viele Menschen ein gutes Leben führen können, sondern es geht um die unendliche Anhäufung von Geld, bzw. Reichtum und Macht von sehr wenigen auf Kosten der Mehrheit der Menschen und der Natur.

Monika Schäfer

1) Seit etwa Ende der 80er Jahre lebt die sog. Globalisierungsdebatte. Im engeren, ökonomischen Sinne wird mit 'Globalisierung' die These verbunden, daß Wirtschaftsunternehmen in ihren Aktivitäten zunehmend nationalstaatliche Grenzen überschreiten und in diesem Sinne international agieren ('global player').
2) Mit Ressourcen sind hier vor allem Geldmittel in Form von staatlichen Transfer- bzw. Sozialleistungen gemeint.

3) Neoliberalismus bezeichnet kein in sich geschlossenes theoretisches oder gar politisches Konzept, sondern ist eher ein sich selbst legitimierendes Schlagwort. Es dient als Gegenbegriff zum sozialen Wohlfahrtsstaat und bündelt dabei Themen und Ideen wie Stärkung der Macht von Unternehmen, Kürzung von Sozialleistungen etc.

4) Regulation meint hier die Kompetenz des Staatsapparats die Wirtschaft vor allen mit den Mitteln der Politik zu organisieren bzw. zu strukturieren.

Aggressionen heilen

Gewalt und Heilung aus zen-buddhistischer Sicht

Anläßlich des vierten Jahrestages des Solinger Brandanschlags lädt das Zen-Zentrum Solingen zu einem Vortrag von Claude AnShin Thomas zum Thema "Aggressionen heilen" ein. Die Erfahrung von Gewalt (als Täter und Opfer) wie die von Heilung und Versöhnung prägten den Lebensweg von Thomas nachhaltig. Nach einer schweren, von Gewalt und Mißbrauch geprägten Kindheit meldete er sich freiwillig zum Kriegseinsatz in Vietnam, wo er schließlich als Kommandeur eines Maschinengewehrtrupps im Hubschrauber-einsatz kämpfte. Im Alter von 19 Jahren kehrte er mit schweren Verletzungen in die USA zurück und fand sich in seiner Heimat nicht mehr zurecht, flüchtete sich in Drogen und wurde obdachlos. In den folgenden Jahren engagierte sich der heute 50jährige Thomas in politischen Bewegungen zur Beendigung des Vietnamkrieges und setzte sich für die Situation heimgekehrter Vietnamsoldaten ein, deren Leben geprägt ist durch Obdachlosigkeit, Drogensucht, Arbeitslosigkeit, familiärer Zerrüttung und eine immens hohe Rate von Selbstmorden. Seine persönlichen leidvollen Erfahrungen mit Krieg und Gewalt veranlaßten ihn schließlich dazu, sich intensiv mit den inneren Wurzeln von Gewalt und Leid auseinanderzusetzen. Die Begegnung mit dem vietnamesischen Zen-Meister Thich Nhat Hanh im Jahre 1991 wurde dabei zu einem Schlüsselereignis. Thich Nhat Hanh lehrte Thomas nicht nur die Meditation, er half ihm auch mit den traumatischen Kriegserfahrungen bewußt zu leben, ohne sie verdrängen zu

müssen. Während die westliche Konsumkultur die Menschen dazu konditioniert Leiden zu verdrängen, war es Thomas möglich durch die Zen-Meditation seine eigenen leidvollen Erfahrungen zu betrachten und über diese zu sprechen. Heute beherrscht ihn dieses Leiden nicht mehr, sondern ist Teil seines Lebens geworden. Zugleich hat er damit Raum für Neues geschaffen. "Die Menschen", so sagt Thomas, "die ich getötet habe, leben mit mir, Tag für Tag. Ich kann das nicht mehr ändern. Was ich aber tun kann, ist: nicht mehr töten - weder mich, noch meine Umwelt." Ausgehend von dieser Überzeugung ist Thomas als Friedensaktivist in der ganzen Welt unterwegs. So nahm er von Dezember '94 bis August '95 an einem interreligiösen Friedensmarsch von Auschwitz nach Hiroshima teil und setzte sich auch auf dem Balkan für Frieden ein. Darüberhinaus leitet er Meditationsseminare speziell für Kriegsveteranen und Menschen, die im sozialen Bereich tätig sind. Es wäre wünschenswert, wenn viele Leserinnen und Leser der tacheles zu diesem Vortrag kommen würden, denn Thomas predigt keine Lehrmeinungen zum Thema Leiden, sondern spricht aus ureigenster, selbst schmerzhaft durchlebter Erfahrung. Außerdem wird Thomas am darauffolgenden Tag einen "Tag der Achtsamkeit" im Zen-Zentrum Solingen durchführen. Wer Interesse hat, möge sich unter der Telefonnr.: 20 03 39 beim Zen-Zentrum Solingen melden!

F. Prinz

Aggressionen heilen

Vortrag von
Claude AnShin Thomas

Am Mittwoch,
28. Mai 1997
um 19.30 Uhr
Pädagogisches Zentrum
des Schulzentrums
Vogelsang

Veranstaltung des
Zen-Zentrums Solingen



"Eine Frauenbeauftragte muß frauenbewegt sein!"

hexenblatt besuchte die Gleichstellungsstelle

Seit nunmehr 11 Jahren besteht die Gleichstellungsstelle der Stadt Solingen. In dem Büro des Rathauses Cronenberger Straße haben die beiden Frauenbeauftragten Dagmar Becker, Dr. Gabriele Frohnhaus und die Verwaltungsangestellte Gudrun Scholz jede Menge zu tun, denn für frauen- und mädchen-spezifische Belange einzutreten, bedeutet nicht nur gleiche Rechte für die Frauen zu fordern, sondern auch auf die gegebenen patriarchalen Strukturen Einfluß zu nehmen und gerade auch Männer zu motivieren, ihr Verhalten zu ändern. Das dies nicht immer ein leichtes Unterfangen ist, kann sich jede denken.

Frauenbelange sind vielfältig

Gabi und Dagmar – beide sind mit jeweils einer Zweidrittel-Stelle betraut – haben sich aufgrund der Vielfalt an Themen auf verschiedene frauenspezifische Bereiche spezialisiert.

Die 'Mädchenförderung in der Schule' stellt beispielsweise einen Schwerpunkt von Gabi dar, wobei es ihr hierbei vor allen Dingen um die Berufsorientierung von Mädchen geht. Förderlich für die berufliche Zukunft sind ihrer Meinung nach aber auch die zahlreichen von der Gleichstellungsstelle angebotenen WenDo Kurse in Solinger Schulen, da diese das Selbstbewußtsein von Mäd-

chen stärken. Weitere Schwerpunkte von ihr sind 'Frau und Beruf' und die 'Frauenforschung und Frauengeschichte'. Zu letzterem Thema gibt es schon seit längerer Zeit das Projekt 'Schwert in Frauenhand' – dabei geht es um die im Krieg gewaltbereiten Frauen, – ein Thema das bis-



Die beiden Frauenbeauftragten Dr. Gabriele Frohnhaus, Dagmar Becker und die Verwaltungsangestellte Gudrun Scholz

her in der feministischen Frauenforschung keinerlei Beachtung fand.

Stadtplanung aus Frauensicht

Ein Schwerpunktthema von Dagmar ist die 'Stadtplanung- und Stadtentwicklung', wobei

sie sich hier in konkrete Planungen und Projekte einmisch, um die Frauen- und Mädchenperspektive in die Planungen mit einfließen zu lassen. Sie hat so z.B. eine Stellungnahme zum 'Mühlenplatzprojekt' verfaßt und darin u.a. auf die für Frauen beängstigende und bedrohlichen 'Angsträume', wie Passagen und unbeleuchtete Wege und auf die Berücksichtigung der Frauen mit Kinderwagen hingewiesen. Auf die Frage, ob ihre Anregungen denn auch positive Resonanz finden, entgegnet sie, daß die Akzeptanz frauenspezifischer Belange in der Stadtplanung immer größer wird. Konkrete Vorschläge, wie z.B. die Verlegung von Taxisständen, wurden in die Planung mit einbezogen. Weitere Beispiele für frauenspezifische Stadtplanung sind die jetzt anstehenden Veränderungen in der Parkanlage 'Volksgarten'. Hier soll die Beleuchtung verbessert werden, neue Parkbänke wird es geben und vielleicht wird dort auch die Sprunggrube erneuert.

Dagmar betont, daß sie alle Frauen, die Ideen und Anregungen für die Stadtplanung haben, nur dazu auffordern kann, sich bei ihr zu melden. So hat sie auch den Hinweis einer Solingerin berücksichtigt, die auf die fehlenden Spielmöglichkeiten für Kinder in den Rathäusern der Stadt Solingen aufmerksam machte. Es wird dort in Zukunft Spielmöglichkeiten und Beschäftigungen für Kinder geben! Dagmar: "Um etwas zu verändern, müssen sich Frauen in die Planungen einmischen!"

Innerhalb der Verwaltung sind die beiden gemeinsam am Personalauswahlverfahren und an der Ausschuß-, Gremien- und Verbands-

arbeit beteiligt. Sie bieten sowohl Beratung für ihre Kolleginnen als auch externe Beratung an. Außerdem arbeiten sie beide am Schwerpunkt 'Mädchen und Frauen gegen Gewalt'. Bei diesem Thema möchten sie in Zukunft mehr die Arbeit mit Jungen fördern und hoffen dabei insbesondere auf die Unterstützung von Seiten der Grünen. Sie möchten das Thema 'Gewalt' verstärkt unter der Perspektive des 'Verursacherprinzips' betrachten, zu sehr wurde bisher immer nur die Seite der Opfer beleuchtet.

Ist Solingen eine für Frauenbelange offene Stadt?

Die Stadt Solingen ist in ihren Augen genauso offen oder nicht offen wie überall wo Männer die Institutionen dominieren. So stoßen die beiden Frauenbeauftragten oft auf taube

Ohren, wenn sie Frauen besonders berücksichtigt oder erwähnt wissen möchten. Gabi: "Frauen werden oft einfach nur 'mitgemeint". Ihnen fällt aber auch immer wieder auf, daß z.B. die in der Verwaltung arbeitenden Frauen anscheinend gar nicht so interessiert an ihren Belangen sind. Hier versuchen sie, in themenspezifischen Seminaren Interesse zu wecken.

Grundsätzlich fühlen sie sich aber "gut akzeptiert". Dagmar bemerkt, daß die Besetzung ihrer Stelle mit zwei gleichberechtigten Frauenbeauftragten innerhalb der Verwaltung eine Besonderheit darstellt. Sie hofft, daß sie hierbei vielleicht aber auch als Vorbild dienen.

Allerdings finden sie auch, daß sie mit einer 1 1/3 Stelle "personell nicht übermäßig ausgestattet" sind. Sie haben zwar in der Verwaltungsangestellten Gudrun Scholz eine tatkräftige Unterstützung, aber für die vielen Themen, die es zu bearbeiten gibt, benötigen sie eigentlich noch viel mehr Mitarbeiterinnen. "Die eigentliche inhaltliche Arbeit machen wir zu Hause".

"Die ganze Verantwortung wird auf uns geschoben"

Frauenförderung wird von den Frauenbeauftragten als Gemeinschaftsaufgabe verstanden. Eine Problematik sehen sie allerdings darin, daß mit der Einrichtung der Gleichstellungsstelle die ganze Verantwortung für frauenfördernde Maßnahmen auf sie abgeschoben wird. Es wird von ihnen dann teilweise mehr verlangt, als sie überhaupt schaffen können. So erklärt Dagmar, daß sie z.B. auch mit dem Schwerpunkt 'Migrantinnen' betraut ist, aber momentan keine Zeit hat, sich damit zu beschäftigen. Die Themen müssen aus Zeitgründen forciert werden. So arbeitet sie zur Zeit vor allem zu den Themen 'Antigewaltarbeit von Jungen und Männern' und zur Finanzierung von Mutter-Kind-Kuren.

Frauenbewegung und Gleichstellungsstelle

hexenblatt fragte, ob die beiden ihre Arbeit nicht oft nur als ständiges Reagieren auf die gegebenen Umstände empfinden, doch Dagmar und Gabi erwidern, daß sie durchaus

noch genug Platz zum Agieren haben. Das liegt sicherlich u.a. daran, daß sie einen guten Kontakt zu den in Solingen aktiven Frauengruppen haben. Schon einige Veranstaltungen wurden z.B. mit dem Frauencafé Courage und dem 'Frauenplenum' auf die Beine gestellt oder von der Gleichstellungsstelle unterstützt, Gabi: "Die Gleichstellungsstelle ist schließlich nicht überall "Vordenkerin". Die Frauenbewegung in Solingen funktioniert ihrer Meinung nach ganz gut – "und ohne Frauenbewegung hätte es die Gleichstellungsstelle nie gegeben. Eine Frauenbeauftragte muß in meinen Augen frauenbewegt sein, was bei einigen Frauenbeauftragten nicht immer der Fall ist".

Ihre Rolle in der Institution sehen sie selber als Gradwanderung, und damit die Kritik nicht verloren geht, benötigen sie laut Dagmar "immer wieder neue Energie und die Anbindung an die aktiven Frauengruppen". Daß ihre Rolle nicht immer eine einfache ist, sieht auch Gabi: "Die Bezeichnung 'Feministin' gilt heute ja schon als Schimpfwort – "Wir fühlen uns innerhalb der Verwaltung als Exotinnen, und extern gelten wir als Institution."

Rübe

Gegen den Strom!

Änne Wagner starb 92jährig in Solingen



Änne Wagner, die Solinger Persönlichkeit und Schriftstellerin, die ihr spannendes und vielfältiges Leben von 1904 - 1945 in den drei Bänden 'Gegen den Strom?' dokumentierte, starb vor einigen Wochen im Alter von 92 Jahren.

Geprägt durch die Gespräche mit dem politisch sehr interessierten Vater, kam sie schon früh in Kontakt mit der Arbeiterbewegung. 1922 begann sie eine Lehre in der Buchhandlung der 'Bergischen Arbeiterstimme', wo sie später in der Redaktion und dann in der Buchhaltung der ursprünglichen SPD-Zeitung, dann KPD-Zeitung arbeitete. Seit 1920 war sie in der kommunistischen Jugend aktiv und übernahm später sogar Parteiämter. Doch Änne Wagner war keine konforme Frau, und so wurde sie 1929 wegen "parteischädigenden Verhaltens" aus der KPD ausgeschlossen und damit gleichzeitig arbeitslos. Ihr "roter Traum" war am Ende.

1938 wurde sie wegen ihrer früheren politischen Aktivitäten verhaftet, aber glücklicherweise bald wieder freigelassen. Nach dem Krieg, spätestens aber ab 1948 nach der Geburt ihrer Tochter, zog sie sich völlig aus dem organisierten politischen Geschehen zurück, doch ihre 'linke' Einstellung hat sie nie abgelegt. Trotz ihrer Kritik an der KPD, der kommunistischen Bewegung und besonders am Stalinismus wollte sie ihre Lebenserinnerungen nicht als Abrechnung mit dem Kommunismus und Sozialismus verstehen. Bereits über 80jährig, beschloß sie, motiviert durch die Mitarbeit bei den 'Naturfreunden', ihre Lebenserinnerungen niederzuschreiben. 1991 erhielt sie für ihre Arbeit von 600 Seiten (herausgegeben von der Stadt Solingen) vom Landschaftsverband Rheinland den Rheintaler, der an BürgerInnen der Region verlie-

hen wird, die sich im besonderen Maße um die Kultur im Rheinland verdient gemacht haben. Wilhelm Müser, damaliger stellvertretender Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland, sprach bei der Verleihung von Änne Wagner als einer Autorin, der es gelang ein "Bild der politischen und sozialen Verhältnisse der Stadt Solingen entstehen zu lassen, das lebendig, anschaulich, das ganz konkret ist und vor allem eines: das die Verhältnisse aus einer Perspektive, der Sicht von unten, der Sicht der kleinen, normalen und einfachen Leute beleuchtet. Es ist eben nicht die Sicht von oben, nicht die der Herrschenden, der Mächtigen, der Politiker und der Funktionäre".

Rübe

Änne Wagner: Gegen den Strom?, Selbstverlag Stadtarchiv Solingen

Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Öffnungszeiten:
Montags 15 – 19 Uhr
Dienstags bis Freitags
11 – 19 Uhr (nur Frauen)
Samstags 10 – 14 Uhr (Familientag)
Außerhalb der Öffnungszeiten kann das Café für Veranstaltungen und Feste gemietet werden. Klemens - Horn Straße 3 Tel.: 273635

Die, die mit den Händen fliegen

oder: gibt es Blutsauger in Solingen?

Ängstliche Herzen seien beruhigt, die Blutsauger, die ich meine, gibt es in Solingen nicht und überhaupt: sie saugen nicht beim Menschen, sondern ritzen z. B. bei einem Pferd oder einer Kuh die Haut an und lecken den austretenden Blutstropfen auf.

Wovon ist die Rede?

Es handelt sich um Fledertiere, für jeden verständlicher: um Fledermäuse. Von weltweit etwa 1.000 Arten dieser Tiere gibt es lediglich 3 (in Worten drei!!!) die sich in Mittel- und Südamerika auf die oben genannte Art und Weise ernähren. Und trotzdem: schaurige Geschichten um die für uns unhörbaren Jäger der Nacht ranken sich um diese außergewöhnlichen Tiere und regen unsere Phantasie an.

Die einzigen fliegenden Säugetiere

Lange Zeit konnten bei den nachtaktiven Fledertieren keine genauen Aussagen über ihr Aussehen und ihre Lebensweise gemacht

als Mäuse bezeichnet wurden, obwohl sie keine Nager sind. Die unterschiedlichen Fledertierarten haben weltweit viele ökologische Nischen besetzt und damit versucht, ihre Nahrungsquellen zu sichern, die im wesentlichen aus Insekten, Früchten, Nektar, ja sogar bei einzelnen Spezialisten aus Fischen u.a. bestehen kann. Ihre Rolle als „biologischer Schädlingsbekämpfer“ oder als notwendiges „Transportmittel von Pollen“ bei der Bestäubung von Pflanzen in den Tropen, ähnlich den Bienen in unseren Breiten, wurde erst langsam bekannt.

Die Erforschung der Chiroptera (Handflügler) hat gerade erst richtig begonnen.

Wie alt sind diese Tiere?

Rund 5 Milliarden Jahre liegt der Beginn der Entstehung „unserer“ Welt zurück. Rund 56 Millionen Jahre liegt das dominierende Auftreten der Säugetiere zurück, vorher überwogen die Reptilien. Bekannt sind 50 Millionen Jahre alte Fossilien von Fledertieren

paar zehntausend Jahre auf dieser „unserer“ Welt.

Das Rad der Veränderung dreht sich immer schneller

Dieser Mensch, mit seinen fast perfekten Fähigkeiten, seine Umwelt zu seinem Nutzen zu verwerten, hat es in einer Rekordzeit geschafft, radikale Veränderungen in einem ursprünglich im Gleichgewicht befindlichen System zu realisieren.

„Das Ende der Fahnenstange“

Die Grenze der Belastungen dieser Entwicklungen ist in einigen Bereichen überschritten, bei anderen erreicht oder in Sicht. Wir sind nicht allein auf dieser Welt und wir haben dazu beigetragen, daß vieles um uns herum unwiederbringlich verschwindet und ...

... es ist uns bekannt!

In „Roten Listen“ ist niedergelegt, was wo bald nicht mehr existiert, ausstirbt. Nicht weit weg, sondern vor unserer eigenen Haustüre! Bezogen auf die Fledertiere könnten in Nordrhein-Westfalen 20 Fledertierarten leben, bzw. sind früher schon einmal nachgewiesen worden. Auf der „Roten Liste NRW“ der Säugetiere stehen insgesamt 40 Arten, sämtliche heimischen Fledertiere sind darunter wiederzufinden. Fein säuberlich aufgelistet: mit unterschiedlichen Gefährdungskategorien. Allerdings: für einige Arten der Fledertiere ist es bereits zu spät, denn wir haben sie bereits verabschiedet, sie sind ausgestorben. Kleine und große Hufeisennase, sie gab es auch in Solingen: im Felsenkeller und bei Schloß Hackhausen! Die Mopsfledermaus: im Bergischen ist sie „verschollen“.

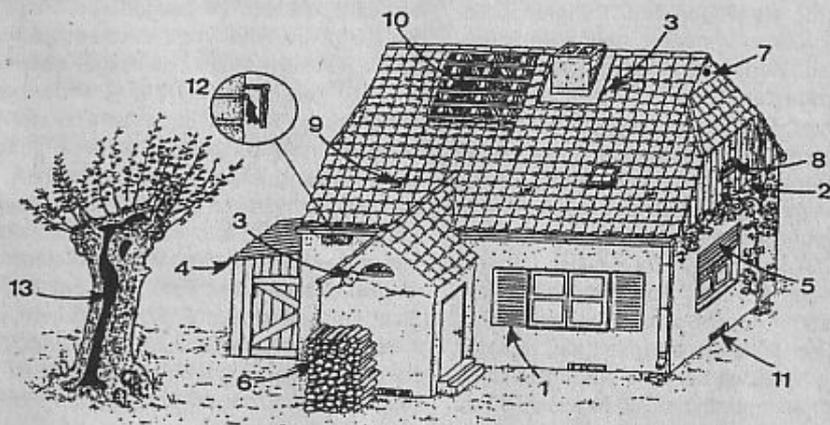
Risiko und Chance zugleich

Solche Listen zeigen zum einen auf, daß es bei manchen Arten „fünf vor zwölf“ und bei anderen bereits zu spät ist, bieten aber auch die letzte Chance, Schutzmaßnahmen für diese Tiere oder Pflanzen (!) zu ergreifen.

Nicht nur reden, sondern anpacken und helfen

Nicht jede negative Entwicklung muß sich zwangsläufig fortsetzen. Der Erhalt einer Artenvielfalt setzt aber voraus, daß den bedrohten Arten umfassend geholfen und denen (Pflanzen und Tiere) eine menschliche Stimme gegeben wird, die sich uns gegenüber nicht äußern können und hinnehmen müssen, was wir ihnen zumuten.

RBN, BUND und NABU sind überregional wirkende Naturschutzvereine, die hier in Solingen mit örtlichen Gruppen vertreten sind.



Unterschlupfmöglichkeiten für Fledermäuse an und in Häusern und Bäumen: hinter Fensterläden (1), Holzverkleidungen (2), Schornsteineinfassungen (3), unter Schuppendächern (4), in Rolladenkästen (5), in Holzstapeln (6), auf Dachböden (10) mit Einflug durch Eulenoach (7), defekte Fenster (8) oder Dachpfannenspalten bzw. Lüftungspfannen mit entferntem Sieb (9), in Kellern (11), hinter Fledermausbrettern (12) sowie in Baumritzen und -hohlräumen (13).

werden. Das Flugvermögen der Fledertiere hat dazu geführt, daß sie über Jahrtausende nicht als Säugetiere, sondern als Vögel angesehen wurden, obwohl sie keine Federn, sondern Flughäute besitzen. Gerade erst 50 Jahre alt ist die Erkenntnis, daß sich Fledertiere mit Ultraschall orientieren, in absoluter Dunkelheit fliegen können und sich so Bereiche eines Lebensraumes erschlossen, den andere nicht nutzen. Die Behaarung ihres Körpers, das Fell, führte dazu, daß sie

aus der Ölschiefergrube Messel bei Darmstadt. Im Vergleich dazu: Nach neuesten Forschungen ist das erste Auftreten des Menschenaffen „Morotopithecus bishopi“ auf 20,6 Millionen Jahre und des „Australopithecus afarensis“, den jüngsten gemeinsamen Vorfahren von Menschen und Schimpansen, auf 4 Millionen Jahre datiert (schon mal im Neantertal-Museum gewesen?). Der moderne Mensch, der „Homo sapiens sapiens“, ist gerade ein



Neben diesen großen Verbänden und von diesen unterstützt, gibt es einen weiteren örtlichen Verein, den Arbeitskreis Fledertierschutz Solingen e.V. (AKFSG), dessen Wurzeln in das Jahr 1980 zurückreichen. In diesem Verein bündeln sich mit Unterstützung der Unteren Landschaftsbehörde und der Stadt Solingen sämtliche Aktivitäten zum Schutz der Fledertiere in und um Solingen.

Der AKFSG hat acht Fledertierarten in Solingen nachgewiesen: großer Abendsegler, braunes Langohr, Breitflügelfledermaus, kleine Bartfledermaus, großes Mausohr, Wasserfledermaus, Zweifarbfledermaus und Zwergfledermaus (Insektenfresser / „biologischer Schädlingsbekämpfer“).

Jede Art hat ihre spezielle Quartier-, bzw. Jagdbiotopforderung oder ist ein Durchzügler, der hier in Solingen während ihres Zuges zwischen Sommer- und Winterquartier festgestellt wurde. Aus diesen unterschiedlichen Anforderungen resultieren bestimmte Schutzmaßnahmen. Vordringlich sind die Sicherstellung und Beruhigung der Sommer- und Winterquartiere. Bisher sind auf Solinger Stadtgebiet dreizehn Stollen verschlossen worden, um den Fledertieren Winterquartiere zu sichern, in denen sie ohne Störungen den Winterschlaf verbringen können. Etwa 100 Fledertierkästen sind auf der Grundlage von



Wasserfledermaus

Lautuntersuchungen mit Ultraschall-detektoren und Computerauswertung an „strategisch wichtigen Stellen“ gemeinsam mit Schulen, Privatpersonen und anderen Organisationen, die den Fledertierschutz unterstützen, erstellt und aufgehängt worden. So wurde im letzten Jahr ein „Patenschafts-

system“ im Bereich der Ohligser Heide realisiert. Altbaumbestandsuntersuchungen mit einem Endoskop sollen Feststellungen ermöglichen, ob z.B. eine verlassene Spechthöhle oder Baumspalte als Fledertierquartier dient. Der AKFSG hat nun aber keine Scheuklappen auf und beschäftigt sich nicht nur mit Fledertieren. Soll ihnen geholfen werden, kann dies nur durch umfassende Hilfen im gesamten Bereich des Solinger Naturschutzes geschehen. Aus diesem Grunde werden auch praktische Maßnahmen wie z.B. der Bau von Tümpeln von anderen Naturschutzvereinen unterstützt und gemeinsame Stellungnahmen zu allgemeinen Fragen, die den Naturschutz in Solingen betreffen, wie z.B. Straßenbau, Flächenverbrauch, erarbeitet und vertreten.

Kontakt aufnehmen und mitmachen

Monatlich gibt es ein gemeinsames Treffen von AKFSG, BUND, NABU und RBN. Das nächste Treffen findet am 13. Mai 1997 um 19.30 in der Grundschule Westersburg statt. Thema: Bedeutung des regionalen Grünzuges zwischen Rhein und Wupper für Solingen. Da sind wir doch mitten drin in unserem Thema. Also, wir sehen uns?

Mit umweltfreundlichen Grüßen
Helmut Pötzs, Vorsitzender des AKFSG

WECHSELNDE
GERICHTE

DART KICKER
FLIPPER BILLARD

PUNK
INDEPENDENT

BRITISH POP
SIXTIES
METAL
GRUNGE
USW.

Kult

Gaststätte

In Solingen, Am Werwolf 28

Öffnungszeiten:

Mo. bis Fr. von 9.30 Uhr
bis 1.00 Uhr

Sa., So. und an Feiertagen
von 13.00 bis 1.00 Uhr

Direkte Demokratie - nur eine Utopie?

Am vermeintlichen "Ende der Geschichte" angelangt, wird uns eingeflößt, in unserer Zukunft könne nur noch die kapitalistische one world liegen. Utopien seien allesamt totalitär oder zum Scheitern verurteilt, deshalb solle man Abschied nehmen von allem Nachdenken über "trügerische Glücksverheißungen". Doch es ist fraglich, ob wir auf lange Sicht so (über)leben können: Mit dem sicheren Gefühl, daß das Streben nach Profit der alleinige Motor menschlichen Lebens sein soll. Mit der Gewißheit, daß die Auflösung von sozialer Verantwortung, die Zunahme der Vereinzelung und das Voranschreiten des Ohnmachtsgefühls gegenüber den Veränderungen der Umgebung unabänderlich ist.

So kommt es, daß das Thema Utopie trotz allem eine Renaissance erlebt. Das 'Nirgendland', wie Utopie im griechischen Wortursprung heißt, kann es nicht geben. Aber es veranlaßt immer wieder Menschen, darüber nachzudenken wie es denn in einer gerechteren und glücklicheren Gesellschaft aussehen könnte.

Es gab in der Geschichte aber auch immer wieder kurze Lichtblicke, in denen die Menschen erfolgreich versuchten, ihr Joch ein Stückweit abzuschütteln, um ihre gelebte 'Utopie' zu verwirklichen. Die meisten dieser Glücksfälle einer ansonsten eher traurig stimmenden Vergangenheit sind fast vergessen. Die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen und LandarbeiterInnen in Katalonien 1936/37 ist vielleicht der bekannteste. Aber wer kennt schon Palmares, die im 17. Jahrhundert 94 Jahre im Nordosten Brasiliens bestehende Republik der der Sklaverei entflohenen Schwarzen? Und was passierte in Fatsa 1979/1980?

Die Veranstaltungsreihe "Land und Freiheit" im Autonomen Zentrum Wuppertal will die verdrängten Kämpfe, Orte, wo Menschen schon mal 'was versucht haben, "befreite Zonen vor der Revolution" geschaffen haben, in unser Bewußtsein rufen.

Am 15. 4. 1997 wurde hier der Versuch vorgestellt, direkte Demokratie in Fatsa, einem kleinen Ort an der türkischen Schwarzmeerküste einzuführen. Im gutgefüllten Saal des AZ waren - eher ungewöhnlich für die ansonsten doch sehr deutschen Autonomen - mehr BesucherInnen türkischer als deutscher Herkunft anwesend. Der Vortrag des Referenten, der die Ereignisse in Fatsa vor Ort miterlebt hatte wurde lebhaft diskutiert; Anwesende brachten ihre eigenen Erlebnisse und ihre abweichenden Einschätzungen ein. Die in Deutschland doch recht unbekannt Geschichte der türkischen Linken vor dem letzten Militärputsch 1980 wurde für einen Moment lebendig.

Wie bei allen Versuchen in der jüngeren Geschichte, eine direkte Demokratie einzuführen, lag auch 1979 in Fatsa eine besonders zugespitzte Situation der gesellschaftlichen Auseinandersetzung vor. Aus dem Verteidigungskampf der Bevölkerung gegen faschistische Übergriffe in einer Zeit des unerklärten Bürgerkrieges entstanden Volks- oder Stadtteilkomitees, die neben der antifaschistischen Arbeit konkrete Hilfestellung im Alltagsleben organisierten.

Der Aufbau der Komitees wurde von der Organisation Devrimçi Yol (Revolutionärer Weg) stark vorangetrieben. Diese war in der Organisationsstruktur und in der ideologischen Ausrichtung nicht so dogmatisch wie andere Gruppen der türkischen Linken:

So gab es z. B. keine Kaderaufnahmeprozedur, sondern jede/r SympathisantIn konnte mitmachen.

An den Volkskomitees konnten alle EinwohnerInnen teilnehmen. Sie entwickelten sich zu einem wichtigen Selbstverwaltungsorgan der Bevölkerung. Während die linken türkischen Organisationen in anderen Teilen des Landes zum Wahlboykott aufriefen, forderte die Bevölkerung von Fatsa die Devrimçi Yol zur Kandidatur auf. „Hier gibt es Kommunalwahlen, also macht doch was.“ Auf den von der Devrimçi Yol unterstützten Bürgermeisterkandidaten Fikri Sönmez wurden zwei Mordanschläge verübt, die er überlebte. Er erhielt im Oktober 1979 3064 Stimmen, während die beiden Kandidaten der Rechten und der Sozialdemokraten zusammen nur auf ca. 1900 Stimmen kamen.

Sofort wurden neben den offiziellen Strukturen Volkskomitees in jedem Stadtteil gebildet. Dafür wurde die Anzahl der Bezirke von 7 auf 11 vergrößert, um die Verankerung der Komitees in der unmittelbaren Wohnumgebung zu stärken. Alle Entscheidungen wurden zuerst in den Volkskomitees von der Bevölkerung diskutiert und gefaßt, danach wurden die Entscheidungen vom Stadtrat nachvollzogen. Fatsa wurde zum Hoffnungsträger für die gesamte türkische Lin-

ke. Große infrastrukturelle Probleme wurden angepackt. In 5/6 Monaten wurden Dinge gelöst, die vorher 5/6 Jahre brauchten: Die Elektrizitätsversorgung, die Wasserversorgung und der Straßenbau wurde erheblich verbessert, weil die Bevölkerung sich an den öffentlichen Arbeiten beteiligte. Der Schwarzmarkt, der von korrupten Abgeordneten beliefert wurde, konnte ausgetrocknet werden. Die Volkskomitees beschlossen, die Überfischung des Meeres mit Schleppnetzen zu verbieten, um die Lebensgrundlagen der Fischer zu erhalten. Die Haselnußbauern, ein wichtiger Erwerbszweig in Fatsa, konnten ihre Probleme lösen, indem sie den Zwischenhandel selbst organisierten. Das gewachsene Selbstbewußtsein der Menschen führte dazu, daß ein großes Problem der Jugendlichen gelöst wurde: Sie wehrten sich endlich gegen die vielen Lehrer, die die „Prügelstrafe“ praktizierten und konnten diese schließlich erfolgreich daran hindern. An den Abstimmungen der Volkskomitees beteiligte sich etwa 1/4 der Bevölkerung, betrachtet man den Anteil der Bevölkerung, der Anteil an den Beschlüssen der repräsentativen Demokratie nehmen kann, so ist dies eine außergewöhnlich hohe Zahl.

Frauen waren an den Volkskomitees stark beteiligt. Hier drückte sich auch der hohe Anteil an Arbeit aus, die die Frauen in der Stadt und als Landarbeiterinnen auch vorher

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern

Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642



schon bewältigten. Fatsa war ein Experiment, das in seiner Wirkung auch Devrimçi Yol überlaschte. Die Volkskomitees wurden die Orte einer basisdemokratischen Organisierung der Gesellschaft. Die klassische staatliche Exekutive verlor ihre bisherige Rolle. Die bürgerliche Presse der Türkei berichtete zunächst negativ über Fatsa, nach einem sehr erfolgreichen Kulturfest in Fatsa, das von vielen türkischen Kulturschaffenden mitorganisiert und besucht wurde, änderte sich die Berichterstattung jedoch und wurde positiv.

In diesem Moment wurde Fatsa zu einer wirklichen Bedrohung der Mächtigen und der Militärs in der Türkei: Es bestand die Gefahr, daß das Modell zahlreiche NachahmerInnen finden würde und die traditionelle Herrschaftsstruktur in der gesamten Türkei in Frage gestellt würde. Jetzt wurde ein Angehöriger der faschistischen MHP als Bezirksgouverneur berufen, der als erste Maßnahme Idealistenvereine gründete (Straßenclubs der faschistischen Grauen Wölfe). Innerhalb von 4 Monaten wurden 300 Menschen getötet. Die „Strategie der Spannung“ wurde ständig ver-

schärft. Schließlich wurde eine Militäroperation gegen Fatsa angekündigt. Als der Bürgermeister für diesen Fall Widerstand ankündigte, wurde dies zum Vorwand des Einmarsches in Fatsa genommen: Am 12. Juli 1980 wurde die Stadt vom Militär in Zusammenarbeit mit Schlägertrupps der Grauen Wölfe besetzt, 300 Menschen wurden festgenommen, sämtliche Lebensmittel in der Stadt zerstört. Der gewählte Bürgermeister wurde gefangen genommen und zu Tode gefoltert. Die BewohnerInnen leisteten keinen bewaffneten Widerstand, was angesichts des Vorgehens des Militärs wohl auch nur zu einem Blutbad unter der Bevölkerung geführt hätte. Der Einmarsch in Fatsa war ein Vorspiel für den wenige Monate später erfolgten Militärputsch in der Türkei.

Aus der Diskussion der BesucherInnen der Veranstaltung im AZ wurde deutlich, daß Fatsa trotz des brutalen Endes bis heute ein wichtiges positives Beispiel für die basisdemokratische Organisierung der Gesellschaft darstellt. Eine Ursache neben anderen für das Gelingen seiner Zerschlagung, wurde

eine mangelnde Bereitschaft anderer linker Organisationen in der Türkei festgestellt, Fatsa zu unterstützen. Diese hatten wohl ein wenig Angst, bei einer direktdemokratischen Organisationsform den Einfluß über ihre Mitglieder zu verlieren. Auch einzelne antidemokratische Menschen in der Organisation Devrimçi Yol haben dem Experiment geschadet. Ein weiterer Fehler war es, Fatsa nicht stärker als Modell für die ganze Türkei auszuweiten.

Wenn Demokratie mehr sein soll, als die Möglichkeit eines Kreuzchens alle 4-5 Jahre und der Einschätzung „Die da oben machen doch sowieso was sie wollen“, dann können wir aus Fatsa jedenfalls eine Menge lernen.

Krabat

Die Veranstaltungsreihe 'Land und Freiheit' im AZ Wuppertal, Wiesenstraße 11, wird mit einer Veranstaltung zur Selbstorganisation im Gesundheitswesen in Chiapas und Essen und einer Zukunftswerkstatt fortgesetzt.

Mahnmale in der BRD - vom Umgang mit der Erinnerung

Das Erinnern prägt als ein lebenswichtiger menschlicher Akt unsere Verbindung zur Vergangenheit, und die Art und Weise, wie wir erinnern, bestimmt uns in der Gegenwart. Die Vergangenheit ist, sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft, die Grundlage der Identitätsbildung und der Zukunft. Somit hat das Erinnern eine hohe gesellschaftspolitische Bedeutung. Doch das Gedächtnis ist, wie man aus eigener Erfahrung weiß, nicht unbedingt verlässlich. Und so instabil und von Verdrängung und Vergessen geprägt das persönliche Gedächtnis ist, so veränderlich ist auch das kollektive Gedächtnis.

Die Zeit der Nationalsozialistischen Herrschaft liegt so lange zurück, daß sich die Geschehnisse in bloße Erinnerung, Bilder und Mythen verwandelt haben. Es gibt kaum noch Zeitzeugen, so daß das Erinnern fast ausschließlich von öffentlichen Orten, wie Museen, Denkmälern und Gedenkstätten geprägt wird. Je weiter der Holocaust zeitlich in die Ferne rückt, um so stärker rücken seine Denkmäler und Museen in den Vordergrund. Am Beispiel des Umgangs mit den Stätten, an denen NS-Verbrechen begangen wurden und an denen der Opfer gedacht wird, wird deutlich, wie sich die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und der Umgang mit dem Erinnern an diese Zeit entwickelt hat.

Die ersten Denkmale wurden in den westlichen Besatzungszonen unmittelbar nach dem

Krieg, in der Regel von den überlebenden Häftlingen selbst, errichtet. Solche Mahnmalsbauten wurden in den Jahren bis 1947 erschaffen, als das gesellschaftliche Klima noch bestimmt wurde von den großen Kriegsverbrecherprozessen, der Entnazifizierung und literarischen Erinnerungsberichten an die NS-Haft.

Viele der von Überlebenden geschaffenen



Mahnmale wurden im Laufe der 50er Jahre wieder abgetragen, teilweise weil die einfachen Materialien, die nach dem Krieg zur Verfügung standen, ohne Pflege verrotteten, teilweise weil sie bewußt zerstört wurden, wobei auch das Verrottenlassen einer, wenn auch eher unbewußten Zerstörung gleichkommt. Zwei Beispiele dafür befanden sich in Sandbostel und Stukenbrok. Sandbostel war ein Kriegsgefangenenlager. Im April 1945 wurde es Auffanglager für 8.000-10.000 Häft-

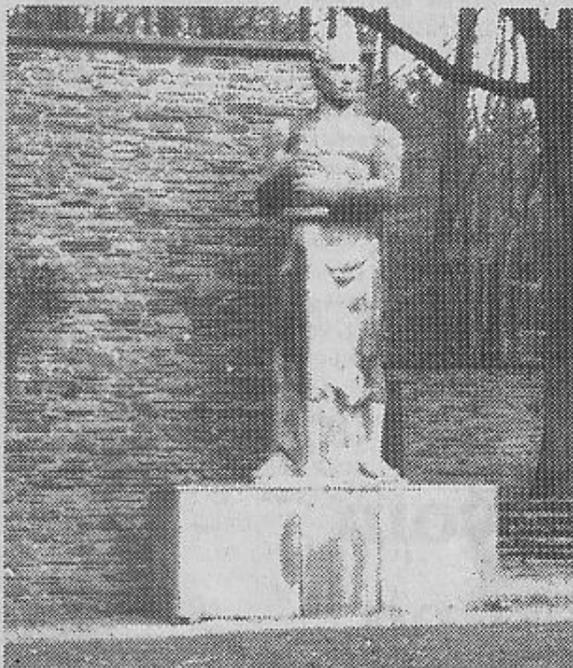
linge aus dem Konzentrationslager Neuen-gamme, von denen Tausende an Hunger und Typhus starben. Auf dem Gelände befindet sich eine Kriegsgräberstätte, auf der ca. 10.000 Menschen beigesetzt wurden. Stukenbrok ist eine Kriegsgräberstätte in der ca. 65.000 sowjetische Gefangene beigesetzt sind. Sie befindet sich neben dem Stamm-lager Senne, dem größten Kriegsgefangenen-lager auf deutschem Boden.

Auf diesen beiden Geländen errichteten sowjetische Kriegsgefangene unmittelbar nach Kriegsende jeweils einen Obelisken zum Gedenken an die Toten. Das Mahnmal in Sandbostel wurde Mitte der 50er Jahre gesprengt, und statt dessen wurde auf dem Friedhof der sowjetischen Gefangenen ein Ensemble aus drei Stelen errichtet. Ebenfalls in den 50er Jahren entfernte die Landesregierung eine rote Fahne aus Glaskeramik, die den Obelisken in Stukenbrok gekrönt hatte, weil sie als sowjetisches Staatssymbol gedeutet wurde. Sie wurde dann durch ein orthodoxes Kreuz ersetzt.

Dieses Vorgehen ist in zweifacher Hinsicht typisch für diese Zeit: Zum einen findet das Gedenken nur noch auf Friedhöfen statt, ohne daß eine historische Information gegeben wird, und zum anderen werden für das Gedenken christliche Symbole benutzt, die das spezifische Schicksal der Opfer und ihre Weltanschauung verschweigen.

Zahlreiche NS-Opfer, häufig aus dem osteu-

ropäischen Ausland, wurden in den 50er Jahren von ihren Ruhestätten in Lagernähe in zentrale Kriegsgräberstätten umgebettet, oft unmittelbar neben Soldaten und SS-Angehörige. An solchen Grabstätten finden sich nichtssagende Tafeln mit Aufschriften wie z.B. "Den Toten 1933 - 1945".



Kriegerdenkmal Birken an der Bürger Landstraße

Teilweise wurden die Geschehnisse auch einfach ganz ignoriert, wie z.B. in Breitenau bei Kassel, wo noch 1983 auf einer Informationstafel, die einen Überblick über die Geschichte des Klosters gab, die NS-Zeit ganz weggelassen wurde. Das ehemalige Benediktiner Kloster diente als Konzentrationslager und wurde von der Gestapo als Arbeitserziehungslager genutzt.

Häufig hat man die Konzentrationslager und NS-Haftstätten auch nach der Befreiung anderer Nutzung zugeführt. In vielen Fällen macht die Weiternutzung deutlich, daß die Haftstätten in einer Kontinuität der Ausgrenzung von Menschen stehen, die häufig schon vor 1933 vorhanden war und nach dem Ende des 2. Weltkriegs übergangslos fortgesetzt wurde. Auch hierfür ist Breitenau bei Kassel ein Beispiel. In Teilen des ehemaligen Benediktinerklosters wurde im 19. Jahrhundert eine "Korrekptions- und Landesarmenanstalt" eingerichtet, ein Ort der Ausgrenzung mittelloser, alter Menschen, Prostituiertes und Wohnungsloser. 1933/34 bestand dort ein frühes Konzentrationslager. Nach der Auflösung des Lagers im März 1934 diente es wieder als "Arbeitsanstalt" und zur Unterbringung von Bettlern, Sinti, Roma und jüdischen Bürgern. 1940 wurde es "Arbeitserziehungslager" für Tausende von ausländischen Zwangsarbeitern, vorwiegend aus Polen und der Sowjet-

union. Nach dem Krieg hat man in denselben Gebäuden ein Heim für "schwererziehbare" Mädchen eingerichtet.

Ein weiteres Beispiel für die fragwürdige Weiter- oder Wiedernutzung von Konzentrationslagern und Haftstätten ist das ehemalige Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg.

Im Dezember 1938 richtete die SS in Neuengamme ein Außenlager des KZ Sachsenhausen ein. 1940 wurde Neuengamme eigenständiges Konzentrationslager. Bis Kriegsende waren dort insgesamt 106.000 Menschen inhaftiert; 55.000 Häftlinge starben dort zwischen 1938 und 1945. 1948 begann man mit dem Bau einer "Musterstrafanstalt" auf dem Gelände des ehemaligen Häftlingslagers. Hierzu ein Auszug aus einem Schreiben der Hamburger Gefängnisbehörde an den Senat der Stadt Hamburg vom 21.10.1947 zwecks Überlassung des Lagergeländes:

"Das Konzentrationslager Neuengamme lastet wie ein Fluch auf Hamburgs Gewissen, seiner Ehre und seinem Ruf. Der Ruf der Unmenschlichkeit und grauenhaften Schreckens dieses Lagers müssen ausgelöscht werden aus der Erinnerung an unsere Zeit. Hierzu wird jetzt Gelegenheit geboten, nämlich hier eine vorbildliche Gefangenenanstalt aufzubauen, die den Ruf Neuengammes

und damit Hamburgs wiederherstellt. Das Schandmal der Vergangenheit möge ausgelöscht werden und Neuengamme uns eine Verpflichtung zur Wiedergutmachung bedeuten, um aus dieser Anstalt nunmehr eine vorbildliche Anstalt der Menschheit und des modernen Strafvollzugs von Weltruf zu schaffen." Die Gefängnisverwaltung zog in den ehemaligen Totenblock, die Garagen der SS wurden zu Werkstätten umfunktioniert und die einstige SS-Hauptwache diente als Gefängnisportal und so wurde, nur wenige Jahre nach dem Krieg, aus dem Konzentrationslager Neuengamme die "Vollzugsanstalt Vierlande". Der größte Teil des restlichen Geländes verfiel und wuchs zu. Die ersten Mahnmale wurden 1953 von ehemaligen Gefangenen errichtet. 1965 wurde, nach

jahrelangem Drängen der Häftlingsorganisationen, eine Gedenkstätte mit einer Skulptur und einer Gedenktafel eingeweiht, wobei zunächst bei der Zahl der Toten eine Null vergessen wurde, die nachträglich eingemeißelt werden mußte. 1970 errichtete man auf dem Gelände eine Jugendstrafanstalt, die schon äußerlich wenig an Wiedergutmachung erinnerte. Erst 1981 erfuhr die Gedenkstätte eine wesentliche Erweiterung durch ein Dokumentenhaus.

Breitenau und Neuengamme sind nur zwei Beispiele, die aber exemplarisch sind für die Weiternutzung von Konzentrationslagern und für die erschreckende Kontinuität, in der diese Nutzung häufig steht. Sie sind Beispiele für den vollkommen unreflektierten und ignoranten Umgang mit der Vergangenheit. Zahlreiche andere Lager sind nach 1945 zunächst als Sammelorte für Displaced Persons oder deutsche Flüchtlinge, vor allem aus dem Osten, genutzt worden. Oft wurde danach Gewerbe auf dem Gelände angesiedelt. So wurde z. B. in Neuengamme die ehemalige Ziegelei des Lagers an eine Firma vermietet, die Luxusjachten herstellte.

Daß seit Ende der 50er Jahre überhaupt an einigen Orten Mahnmale oder Gedenksteine aufgestellt wurden, und hin und wieder kleine, ungenügende Ausstellungen an die NS-Geschichte erinnerten, ist alleine auf das kontinuierliche Drängen der Häftlingsorganisationen zurückzuführen, die am Jahrestag ihrer Befreiung die ehemaligen KZ-Standorte besuchen. In Bergen-Belsen stellten überlebende jüdische Gefangene kurz nach 1945 ein Mahnmal auf, daraufhin ließ die britische Militärregierung eine Inschriftenmauer und einen Obelisk errichten, nach-



Fotos: Thomas Lorbach

Gedenktafelchen am Bunker Schwertstraße zur Erinnerung an die jüdische Synagoge

dem bereits im Mai 1945 sämtliche KZ-Baracken niedergebrannt worden waren. Erst zu Beginn der 80er Jahre kam es zu ei-

ner regelrechten Bewegung zur Gründung von Gedenkstätten. Das war allerdings nicht die Folge eines plötzlich erwachten Gewissens oder eines Bewußtwerdens der Verantwortung gegenüber den Opfern und der eigenen Geschichte auf Seiten der Politik bzw. des Staates, sondern es wurde "Geschichte von unten" betrieben.

Initiativen forschten nach Spuren der verdrängten Vergangenheit. Bürger engagierten sich, um Überreste von Konzentrationslagern und KZ-Außenlagern oder Gestapo-Zentralen für Gedenkarbeit zu nutzen. Andere Initiativen veranstalteten "Alternative Stadtrundfahrten", die in der eigenen, direkten Umgebung Orte der NS-Verfolgung und -Unterdrückung zeigten und damit die Normalität und Allgegenwart des Schreckens verdeutlichten. Es entstanden Geschichtsarbeitskreise und Workshops, die sich auch mit "vergessenen" Opfergruppen beschäftigten. So wurde 1982 erstmals eine Inschrift für die ermordeten Sinti und Roma an der Gedenkmauer in Bergen-Belsen angebracht.

Erstmals nahm eine breitere Öffentlichkeit bis zu diesem Zeitpunkt verdrängte und "vergessene" Verbrechen und Ereignisse wahr, wie die Ermordung und Zwangssterilisation psychisch kranker und behinderter Menschen, die Verfolgung und Ermordung homosexueller Menschen, die über das ganze Land verstreuten KZ-Außenlager und das Schicksal der

Millionen Zwangsarbeiter und ZwangsarbeiterInnen und der Kriegsgefangenen. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß Gedenkstätten zur Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung in Westdeutschland nicht durch staatliche Initiative entstanden sind, sondern durch das Engagement von Einzelpersonen oder Gruppen, von ehemaligen Häftlingen, Organisationen ehemaliger Verfolgter, von Vereinen und Bürgerinitiativen. Der Übernahme öffentlicher Verantwortung durch eine institutionelle Förderung gingen oftmals langwierige und konfliktreiche Auseinandersetzungen voraus. Der Landkreis Bremervörde begründete zum Beispiel seine Nichtbeteiligung an einer Gedenkstätte für Hunderttausende Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge in Sandbostel mit dem Argument, daß er keinen Krieg erklärt habe und für die Behandlung der Gefangenen nicht verantwortlich sei. Ähnlich argumentierten viele Orte, die sich in Lagernähe befanden, obwohl aus diesen Orten Baustoffe und Lebensmittel in das Lager geliefert und Häftlinge als billige Arbeitskräfte mißbraucht wurden.

Trotz vieler Widerstände gibt es mittlerweile etwas mehr als sechzig Gedenkstätten, die an Orten der NS-Verfolgung anhand einer Ausstellung an die Geschichte erinnern und mit haupt- oder ehrenamtlichen MitarbeiterInnen Besucherbetreuung und historische Forschungsarbeit ermöglichen. Die Größe

dieser Einrichtungen reicht dabei von der Gedenkstätte Buchenwald mit über fünfzig MitarbeiterInnen und einem Millionenetat bis hin zu kleinen Initiativen, die von ehrenamtlichen HelferInnen getragen werden. Fast allen Einrichtungen ist gemein, daß ihre Ausstattung und ihre finanziellen Möglichkeiten in keinem Verhältnis zu den Ansprüchen stehen, die die Gesellschaft an sie stellt. Neben diesen Institutionen gibt es noch über 1600 von der Bundesregierung offiziell anerkannte NS-Haftstätten und ungezählte Gedenktafeln und -steine oder Mahnmale, die vor Ort an die NS-Verbrechen erinnern, ohne daß dort eine inhaltliche Betreuung stattfindet.

Welche Schwierigkeiten auftreten, wenn es darum geht, im Land der Täter der Opfer zu gedenken und sich adäquat mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, zeigt sich deutlich bei der Diskussion um ein Mahnmal für die Opfer des Brandanschlags in Solingen. Heute wie vor fünfzig Jahren scheinen nur wenige bereit zu sein, die Verantwortung, die sich aus der eigenen Geschichte ergibt zu übernehmen und sich damit auseinanderzusetzen.

Anne

Buchtip: "Politik mit der Erinnerung" von Peter Reichel; Carl Hanser Verlag

„Wir haben es nötig!“

SoliAbos

25 DM für ein Jahr
BfG – Konto 241 545 6300
BLZ 330 101 11
Kontoinhaber ist F. Prinz
Stichwort tachelesAbo
Adresse angeben!

Prozeßkostenhilfe

Uns steht ein Prozeß ins Haus, denn wir haben in den Augen eines „ehrenwerten Bürgers“ zuviel gesagt. Wir brauchen deshalb Geld... Konto siehe oben!



"Reizthema" Kissel und Scholl-Schule: Erst kommt das Geschäft, dann die Moral?

Solinger Grundgesetz: Kissels Pfründe auf ewig gesichert

Lang erwartet worden war sie, die große Diskussion um Kissel und den Erweiterungsbau an der Geschwister-Scholl-Schule. Dabei war, wie so oft bei öffentlich geförderten Debatten, das, worüber zu diskutieren war, längst entschieden: Kissel baut an der Scholle, basta - ein super Coup für den rechten Baumagnaten, der sich nun verstärkt einbilden kann, daß er den Widerstand gegen seine Person voll unter Kontrolle hat - und das ist, wie Leute zu berichten wissen, die ihn kennen - sein allerliebste Steckenpferd. Anlaß, sich in seiner Macht zu suhlen, hatte der millionenschwere Ex-Wehrmachts-Offizier erst recht nach dem Verlauf der Diskussionsveranstaltung am 21. 02. 97 in der Scholle. Oberstadtdirektor Ingolf Deubel (SPD), der den Bauauftrag vergeben hatte, war gekommen, um dem geneigten Publikum die getroffene Entscheidung zu erläutern. Als Vertreter ihrer Parteien waren aufgeboden: Bertl (SPD), Welzel (CDU), Löhrmann (Grüne). Vervollständigend wurde das Podium von einem Pfarrer, einer Lehrerin und zwei Schülerinnen der "Weißen Rose". Ca. hundert ZuhörerInnen waren auch da.

Verantwortlich zeichnend für den erneuten Deal der Stadt mit Kissel, stand Deubel - wie sollte es auch anders sein - im Zentrum der Kritik: Er als Entscheidungsträger hätte doch etwas tun können/sollen, damit der Auftrag nicht an Kissel vergeben wird. Aber das focht den Deubel nicht an. Er, dem dieses Anliegen der Bürger (machen wir uns nichts vor) auch vorher keinen Pfifferling wert war, blieb ganz cool während der Diskussion, rechtfertigte sein Handeln mit der "Verfassung", und als er nach Ende der Veranstaltung gemessenen Schrittes zu seinem Benz ging, sah er rundum zufrieden aus.

Parole "Links steht der Feind"

Zufrieden konnte der Mann auch sein. Hatte er doch einen Superjob hingelegt, als er den über hundert mehrheitlich jugendlichen Anwesenden verklickert hatte, daß man behördlicherseits gegen Kissel nichts, aber auch gar nichts ausrichten könne, und das aus Prinzip: "Unsere Verfassung" gebiete es so. Kissel baue schließlich vor allem super Häuser, und, wenn auch längst als Freund rechtsextremen Gedankenguts geoutet, sei er schließlich diszipliniert genug, sich nicht offensichtlich außerhalb der Gesetze zu stellen. Wie immer man zu Kissel auch stehe, seitens der Politik stünde nichts zu tun an, und diejenigen, die ernsthaft dagegen seien, daß die Stadt wei-

ter Bauaufträge an seine Firmen vergebe, würden damit nur totalitären Ideen nachhängen, und das (bravo, Ingolf) sei das eigentlich Gefährliche an den Kisselgegnern!

"Verfassungsgemäßer" Faschismus - ein Wiederholungszwang?

So weit, so schlecht, das war so ziemlich das gleiche, was CDU-Welzel an den Mann zu bringen versuchte, aber während der eher als gehorsamer Wasserträger in der Kissel-Verteidigerkette rüberkam, glänzte Dr. Deubel mit menschlich anmutender "persönlicher" Kritik und eigenen stirnfalligen Absagen an Kissels Ansichten und Person. Würde Kissel in privater Angelegenheit zu ihm kommen wollen, würde er ihn "rausschmeißen" - aber egal, ob er ihn "sympathisch" finde oder nicht, das dürfe sich eben in der Politik nicht auswirken. Für ein rechtliches Vorgehen gegen Kissel gebe es keinerlei auch nur mögliche demokratische Legitimation. Art. 3 des Grundgesetzes gebiete den Gleichbehandlungsgrundsatz, unter dessen Schutz auch die Interessen des Herrn Kissel stünden. Erst recht die Meinungsfreiheit gelte definitiv für alle, also auch für Herrn Kissel, und wer das nicht einsehen wolle, dem sei irgendwie nicht zu helfen.

Zwar noch nicht ganz so heftig, so stank es doch original nach dem Weimarer Motto: Leute, seht doch ein, Hitler ist verfassungstreu, man muß ihn machen und reden lassen, sonst sind wir ein totalitärer Staat. Wirklich gefährlich sind doch nur die, die wollen, daß Hitlers Umtriebe von staatlicher Seite, also mit den Machtmitteln politischer Demokratie bekämpft werden. Die sowas wollen, müssen sich doch mal an die eigene Nase fassen, ob sie noch Demokraten sind. Die sind nämlich das eigentliche Problem.

Kissel baut ... zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker

Trotz zahlreicher kritischer Stimmen in der Debatte ... diese Lektion Deubels über den Gebrauch "unserer Verfassung" kam rüber wie ne Wucht. Darüber, ob wir tatsächlich immer damit leben müssen, daß die Verfassung nach rechts offen zu sein habe wie ein Scheunen-tor, gab's anscheinend überhaupt nichts zu diskutieren. Viele unter den Anwesenden äußerten zwar ihre Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit zwischen Kissel und der örtlichen Politik, doch keiner konnte dem sich einstellenden Oberkonsens wirksam entge-

genstellen: Die "Verfassung" steht voll hinter jedem einzelnen, also auch hinter dir und Herrn Kissel.

Konsequenz: Auch die Geschwister-Scholl-Schule, egal ob die Namensgeber von Nazis hingemordet wurden oder nicht, baut der leistungsfähigste Bauunternehmer (denkt an Gleichbehandlungsgrundsatz und Meinungsfreiheit), and the winner is: Kissel der große ... Förderer der NPD und Publizist rechtsextremen Schrifttums, Bewunderer und Fürsprecher von Erz-Naziverbrechern wie Weise und Remer, Auschwitzleugnern wie Irving und Christophersen usw. usw. (vgl. "Faschisten hinter demokratischer Fassade", Dokumentation des Antifa-Archivs Solingen)

"Unsere Verfassung" hat zur Folge: Kissel baut. Dies war das konkrete Ergebnis der Ausführungen des Dr. Deubel. Und zum Vorschein kam sogar des Pudels Kern: Sollen sich die "lieben Bürgerinnen und Bürger" mit dem wachsenden faschistischen Potential und seinen millionenschweren Financiers doch alleine rumschlagen - das nennt man eben Demokratie!

Lichtblick: Die beiden Schülerinnen der "Weißen Rose" ließen sich am allerwenigsten beschwatzen; bei ihren Fragen bekam Deubel Gegenwind zu spüren. Doch ist ernstlich zu fragen, ob die Zuhörer den Dreh in Deubels kleiner Verfassungskunde überhaupt mitgekriegt haben. Bertl (SPD) hatte eh nichts gegen Deubels Rechtskamellen; auch Löhrmann (Grüne), der Pfarrer, die Lehrerin sowie auch fast alle Diskussionsteilnehmer aus dem Publikum erhoben insoweit keine Einwände; wenn der Politik aber schon keine Handhabe gegeben sei, so der Konsens, dann müsse wenigstens eine deutlichere öffentliche "Distanzierung" zu Kissel her.

Eingeschränkte Grundrechte gestern und heute

Der einzige unter den Diskussionsteilnehmern, der sich nicht einverstanden zeigte mit dem (von Herrn Deubel erläuterten) Dogma, daß "unsere Verfassung" den freien Zugang aller zu der Vergabe öffentlicher Gelder beschütze, hatte ganz schlechte Karten. Als er einen Regierungsbeschuß aus den frühen 50er Jahren erwähnte, nach dem sämtliche Firmen, die der KPD oder ähnlichen Organisationen nahestanden, bei öffentlichen Aufträgen nicht mehr zu berücksichtigen waren, äußerte die Moderatorin vom Podium aus augenblicklich ihre felsenfeste Überzeugung, daß dieses Beispiel mit dem Thema des

Abends nichts, aber auch gar nichts zu tun habe. Von da an fiel sie dem in seiner Rede Fortfahrenden beständig ins Wort, der ließ sich aber trotz massivster Verbalintervention nicht daran hindern, noch ein paar Beispiele aus unserer jüngeren Geschichte (KPD-Verbot, Mißachtung menschenrechtlicher Gebote durch Behörden, "Radikalenerlaß", Kriminalisierung kurdischer Vereine) zu nennen, in denen "die Politik" denselben Gleichbehandlungsgrundsatz mit Füßen trat, der nunmehr ausgerechnet als Persilschein für die öffentliche Förderung rechtsextremer Potentaten wie Kissel erhalten soll. Zu vielmehr als einem doppelten Wortschwall reichte es dann nicht mehr, und als die Rede darauf kam, daß Deubels Erläuterungen zu "unserer Verfassung" bei demselben Oberguru deutscher Verfassungsrechtler nachzulesen seien, der nach seinem Tod als enger Freund des Verlegers der Nationalzeitung Dr. Frey geoutet wurde und jenem die Rechtsgutachten für die Wahlzulassung der DVU geschrieben hatte, konnte man die Live-Anwendung von Verfassungsrecht in der Praxis miterleben: Gleichbehandlungsgrundsatz und die Meinungsfreiheit des linken Unmenschen waren für den Abend dahin, der diese Kerl wurde vom Mikrofon gedrängt, ohne daß Einwände aus dem Publikum zu hören waren. Fortan blieb vor allem kleinere Münze zu verhandeln wie etwa die Frage, ob Herr Deubel oder sonstwer von der Stadt dem Herrn Kissel bei einer der unausweichlichen Bau- einweihungen die Hand geben solle oder nicht, oder auch die seltsame Problematik, ob Herr Kissel nicht wenigstens soviel An-

stand hätte besitzen können, sich aus Namensgründen nicht um den Bau einer Geschwister-Scholl-Schule zu bewerben ...

Zum Weinen

"Erst kommt das Geschäft, dann kommt die Moral?" war die Frage der Veranstaltung. Deubels Antwort war: "Wo denkt ihr hin, erst kommt natürlich die Moral, aber die wiederum hat nichts mit dem Geschäft zu tun, und dafür sorgt die Politik!" So sei eben "unsere Verfassung" ... falls wir's noch nicht wüßten. Das Grundgesetz, ein krachender Herrenwitz? Scheint eine gängige Vorstellung heutiger Politprofis zu sein. Wenn aber derartige Betrachtungsweisen überall auf so wenig Widerspruch stoßen wie bei der Diskussionsveranstaltung in der Scholle am 21.2.97, dann dürften die Deubel & Co. recht behalten. Wär schade. Aber anhand des Verlaufs der Veranstaltung könnte man sich immerhin schon mal klarmachen, daß Dummheit nur dann siegt, wenn sie auf seiten der Macht steht.

Zum Lachen

Doch, war noch lustig, als nach Veranstaltungsende ein tacheles-Verteiler den Anwesenden unsere Märzangabe anbot (die übrigens reißenden Absatz fand), u.a. auch dem Herrn Deubel ... Sagte der Deubel: "Sonen Quatsch lese ich nicht." Das hörte Ministerpräsident Beck im fernen Mainz, und tags drauf war uns Ingolf schon zum Staatssekretär gekürt!

Ende vom Lied: Braune Fanfaren

Natürlich gab es auch noch ein Nachspiel.

Und die hier festzustellende gruselige Quotierung auf der ST-Leserbriefseite ist nicht unbedingt die Ausnahme. Die Redakteure des ST sollten in der Lage sein wahrzunehmen, daß es in ihrer Verantwortung steht, ob sich ihr Blatt insoweit weiter in diese gefährliche Richtung bewegt. Mag sein, daß von kisselkritischer Seite - phasenweise oder regelmäßig - weniger Briefe eingehen als von Kissel-Sympathisanten. Doch könnte dies noch lange nicht als Rechtfertigung dafür gehalten, daß man dem zur Zeit gewiß noch geringen Anteil rechtsextremer Klientel des Tageblatts ein derartiges Forum zur Verfügung stellt. So kann der der Abdruck einiger weniger kisselkritischer Leserbriefe zunehmend nur noch dazu dienen, den Anschein von Überparteilichkeit zu erwecken. Die ST-Leserbriefseite ist sicherlich dazu gedacht, den demokratischen Meinungsbildungsprozeß zu fördern. Warum das ST in letzter Zeit seine demokratische Leserschaft mit billiger Demagogie aus der Feder nur spärlich getarnter Demokratiefinde, noch dazu im attraktiven Doppel-, Vierer-, Fünferpack, regelrecht zuschmeißt, ist noch unklar. Aber irgendwas ist faul, das steht fest - es kann doch nicht angehen, daß zeitungserfahrene ST-Redakteure, die den Abdruck der Leserbriefe zu verantworten haben, die geballte Ladung rechtsextremer Töne, recht schrill auf der Neunazi-Normaltonleiter vorgeblasen, nicht bemerkt hätten.

Klar, die Kisselfront mußte sich doch dagegen empören, daß Deubel über ihren Boss gesagt hatte, privat würde er ihn "rausschmeißen". Beliebtes Forum für die Ehrenrettung Kissels in allen Lebenslagen ist traditionell die Leserbriefseite des Solinger Tageblatts, das Meinungsäußerungen der äußersten Rechten offenbar für ein nicht hoch genug zu schätzendes Rechtsgut hält. Wie ließe sich sonst erklären, daß vier von vier (=100%) der am 10.3.97 im ST abgedruckten Leserbriefen aus der Feder der Sowka, Ashauer, Küpper und Leinen (ganz im Stil von Reps und DVU) stammen, wobei eine "ohne Hintergrund" (ach so!) betriebene "Hetzjagd gegen einen Steuerzahler dieser Stadt" geortet wurde, an der nun auch noch der Deubel beteiligt!

Nur neun Tage später erschienen im ST insgesamt fünf Leserbriefe zum Thema, im Durchschnitt zwar nicht ganz so rechts wie der Viererpack zuvor, aber wieder allesamt (=100%) pro Kissel. Der erste Schreiber (wieder Leinen) bezichtigte "Politiker und Lehrer", die sich gegen öffentliche Aufträge für Kisselausgesprochen hatten, der "Indoktrination" - interessant: das gleiche Stichwort hatten Deubel und Welzel auf der Scholle-Veranstaltung ausgegeben. Zwei Schreiber (darunter der Betriebsratsvorsitzende Müller) trugen persönliche Lobpreisungen auf K. vor, ein weiterer Schreiber kam wieder mit dem bekloppten Tick von der angeblichen "Hetzkampagne", fünftens und letztens wurde einem neudeutschen Haudegen die Ehre zuteil, den rechten Kissel-Sack in klassischem Braun zuzuschnüren: Der "verdiente Spender" der NPD "wird madig gemacht, nur weil er Dinge beim Namen nennt, die 80 % der Deutschen sich nicht trauen in Worte zu fassen. Bravo, zeigen Sie weiterhin Rückgrat, wir stehen voll hinter Ihnen" [W. Wilschewski auf der Leserbriefseite des ST vom 19.3.97]!

Otto Mann

Kinoprogramm MAI 1997				Programmkleine mit Kino Schützenstraße 39 Solingen Tel. 02 12 / 4 74 39	
18.45 + ca. 23.Uhr		circa 20.45 Uhr			
01.05. Do 02.05. Fr 03.05. Sa 04.05. So 05.05. Mo 06.05. Di 07.05. Mi					01.05. Do 02.05. Fr 03.05. Sa 04.05. So 05.05. Mo 06.05. Di 07.05. Mi
08.05. Do 09.05. Fr 10.05. Sa 11.05. So 12.05. Mo 13.05. Di 14.05. Mi					08.05. Do 09.05. Fr 10.05. Sa 11.05. So 12.05. Mo 13.05. Di 14.05. Mi
15.05. Do 16.05. Fr 17.05. Sa 18.05. So 19.05. Mo 20.05. Di 21.05. Mi					15.05. Do 16.05. Fr 17.05. Sa 18.05. So 19.05. Mo 20.05. Di 21.05. Mi
22.05. Do 23.05. Fr 24.05. Sa 25.05. So 26.05. Mo 27.05. Di 28.05. Mi					22.05. Do 23.05. Fr 24.05. Sa 25.05. So 26.05. Mo 27.05. Di 28.05. Mi
29.05. Do 30.05. Fr 31.05. Sa 01.06. So 02.06. Mo 03.06. Di 04.06. Mi					29.05. Do 30.05. Fr 31.05. Sa 01.06. So 02.06. Mo 03.06. Di 04.06. Mi
Mehrfach ausgezeichnet durch den Bundesinnenminister, das Land NRW und die Filmstiftung NRW, Düsseldorf für ein herausragendes Jahresfilmprogramm					

Rechte Vordenker als "Ehrengäste" bei Kissels 80jährigem Geburtstag

"Nationaler Wahn im Plenarsaal des Landtags" titelte die "Badische Zeitung" am 18. März anlässlich eines Auftritts von Alfred Mechttersheimer bei der REP-Landtagsfraktion im Stuttgarter Landtag.

Die "Badische Zeitung" weiß auch von "drei stattlichen Kerlen" zu berichten, die streng darauf achteten, daß kein Störer in das Gebäude kommen konnte.

Rund 200 Zuhörer lauschten dem Einigungspropheten des rechtsextremen Lagers, der zum Thema "Multiethnische Entwicklung und Demokratiegebot" sprach.

Seine Rede nutzte Mechttersheimer zur Stimmungsmache gegen Nichtdeutsche.

So erklärte er, daß eine funktionierende Demokratie "ethnische Homogenität" voraussetze: Ausländer, egal ob mit oder ohne deutschen Paß, "schwächen die Demokratie".

Die "Badische Zeitung" in ihrem Fazit zum Mechttersheimer Auftritt: "Mechttersheimer überzieht, verkürzt und kocht so aus den giftigen Kräutern der Fremdenfeindlichkeit ein gefährliches Süsschen, das die erkennbare 'Angst' seiner Zuhörer vor 'Überfremdung' zum 'Wahn' zu steigern vermag. Der 'Plenar-

saal des Landtags' erlebte an diesem Abend eine 'Debatte der besonderen Art'."

Einen seiner letzten großen Auftritte hatte Mechttersheimer anlässlich des 80. Geburtstags des Solinger Bauunternehmers Günther Kissel, wo er die Laudatio auf den Jubilar auf Schloß Burg halten durfte.

Bejammert wurde von Mechttersheimer, daß "die Seele der Deutschen gebrochen" und die "Überlebensfähigkeit" der deutschen "Gemeinschaft" bedroht sei. Finanzielle Unterstützung von strukturschwachen Staaten und Beiträge an die EU bezeichnete Mechttersheimer als "Ökonomische Ausbeutung" bzw. als "Reparationen".

In der Zuwanderung von Nicht-Deutschen in die Bundesrepublik sieht Mechttersheimer "die für den Bestand und den sozialen Frieden unabdingbare Homogenität der Bevölkerung aufgehoben". Heute, so der "Friedensforscher", finde nach 1945 "eine weitere Vertreibung von Deutschen statt und zwar aus ihren Stadtteilen".

An Kissel bewundert Mechttersheimer, daß der sich "den Glauben an Deutschland" nicht habe nehmen lassen.

Zugegen bei der Geburtstagsfeier waren auch Werner Haverbeck, ab 1932 in der HJ-Reichsjugendführung für die weltanschauliche Schulung und Kulturarbeit verantwortlich, und Armin Mohler ("Ich bin ein Faschist"), Mentor der sogenannten "Neuen Rechten", - beide von Mechttersheimer als "verdiente Männer" bejubelt, "die sich aufgerieben haben im Kampf für die nationale Sache und die unbeugsam allen Anfeindungen widerstanden haben".

(Quelle "Blick nach Rechts" Nr. 07/97)

Angeht diese "hochrangigen" Vertreter anlässlich Kissel's 80jährigem auf Schloß Burg muß die Frage gestellt werden, wieso es immer noch Leserbriefschreiber im Solinger Tageblatt gibt, die von den "guten Absichten" des "ehrenwerten Bürgers" überzeugt sind.

Erschreckend ist aber auch, daß es kaum öffentlichen Widerspruch zu der Pro-Kissel-Kampagne gab, was wiederum "Wasser auf die Mühlen" vieler Unverbesserlicher ist.

Die Geheimhaltung sowie Wahl des Veranstaltungsortes sprechen für sich.

SOS Rassismus

Ein Märchen, dessen Ende noch offen ist...

Es war einmal eine Menge Männlein und Weiblein, die ganz verschiedener Herkunft waren, verschiedene Farben hatten und unterschiedliche Meinungen und Ideen vertraten. Nur zwei Dinge waren ihnen gemeinsam: Sie standen dem Gemeinwesen in dem sie lebten kritisch gegenüber und fanden, daß es da noch vieles gab, das verbessert werden müßte, damit das Leben wirklich für alle schön und lebenswert würde. Außerdem war ihnen allen gemeinsam, daß sie etwas gegen die braunen Gespenster und ihre Helfer hatten und dafür sorgen wollten, daß diese nie mehr andere peinigen und quälen könnten.

Diese viele bunten Männlein und Weiblein suchten eine Bleibe - gemeinsam, denn keiner von ihnen war reich und konnte sie allein bezahlen. Schließlich fanden sie eine, mieteten sie und trafen sich nun dort - zum Verabreden von Aktionen gegen die braunen Gespenster, zum Feiern mit Freunden und um ihre verschiedenen Ideen zur Verbesserung des Gemeinwesens sowie ihrer eigenen Lebenssituation zu besprechen.

Nachdem das einige Zeit so gegangen war, mußten sie sich andere Räume suchen, weil die alten zu klein wurden und auch für andere Zwecke gebraucht wurden. Sie fanden neue schöne Räume, die auch groß genug waren und zogen alle um - dahin, wo der große Wolf heult.

Im Laufe der Zeit verändert sich vieles. Auch bei den bunten Männlein und Weiblein gab es Veränderungen. Manche zogen fort, dafür kamen neue hinzu - aber immer waren es die beiden großen Interessen, die sie zusammenhielten.

Schließlich beschlossen die grünen Männlein und Weiblein zu versuchen, ihre Ideen innerhalb der Regierung des Gemeinwesens zu verwirklichen. Es gelang ihnen, eine Partei zu gründen, gewählt zu werden und schließlich sogar einen kleinen Teil des großen Gemeinwesens mitzuregieren und zu verändern. Das brachte mehr Arbeit mit sich, für die mehr Platz gebraucht wurde, aber dafür stand ihnen nun auch mehr Geld zur Verfügung. So wurde vereinbart, daß die grünen Männ-

lein und Weiblein einen Teil der gemeinsamen Räume ganz für sich allein haben konnten und dafür den größten Teil der gemeinsamen Kosten übernahmen.

Im Laufe der Zeit kam es öfter zu Störungen zwischen den Gruppen. Man verabredete Regeln, damit es weniger zu Frust und Meinungsverschiedenheiten kam.

Manche Gruppen hatten mehr Probleme als andere diese Regeln zu beachten - teils weil sie ihnen wohl weniger wichtig erschienen - teils auch, weil sie oft starke Unterdrückung durch strenge Regeln erfahren mußten und deshalb jeglicher Reglementierung ziemlich ablehnend gegenüber standen. Mehr und mehr kam es dadurch zu Konflikten zwischen verschiedenen der bunten Grüppchen und der Gruppe der grünen Männlein und Weiblein. Durch die Mitarbeit in der Regierung des Gemeinwesens hatten offenbar einige von diesen, zu viele der Regeln der Regierenden verinnerlicht und vergessen, daß sie selbst einmal viele dieser Regeln in Frage gestellt hatten.

So verlor die Zusammenarbeit mit den vielen bunten Männlein und Weiblein zur Verwirklichung der beiden großen gemeinsamen Ziele in ihren Augen immer mehr an Wichtigkeit gegenüber dem Bedürfnis, sich in ihrer wichtigen politischen Arbeit nicht durch Regelverletzungen der Anderen, wie z.B. überfüllte



Aschenbecher, verstopfte Toiletten und Kippen im Waschbecken beeinträchtigen zu lassen. Sie sahen für sich ja auch jetzt andere Möglichkeiten ihre Ziele zu verwirklichen.

Das führte schließlich sogar dazu, daß einige der grünen Männlein und Weiblein den Entschluß faßten, die anderen bunten Männlein und Weiblein aus den gemeinsamen Räumen hinauszuschmeißen. Dabei vergaßen sie völlig, daß sie einmal selbst auch nur eines der vielen bunten Grüppchen waren.

Ging es nicht gerade ihnen einmal um Toleranz gegenüber Andersdenkenden, um Verständnis für Schwächere, um Unterstützung unterdrückter Minderheiten? Waren nicht sie es, die auch einmal gesagt hatten, daß man Regeln nicht höher bewerten dürfte als die wesentlichen Ziele? Nicht nur unbeabsichtigte Regelverstöße, sondern bewußte Mißachtung wurden mitunter eingefordert wenn es hieß: Wo recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Und da sollte man mit jemand der doch die gleichen großen Ziele verfolgte, nicht mehr zu einer Übereinkunft kommen können?

Und nun ihr grünen und ihr bunten Männlein und Weiblein?

Nun liegt es an Euch, wie das Märchen weitergeht und ob es ein gutes Ende bekommt oder ein trauriges ...

Regine Weiß

LeserInnenbriefe

Erlebnisbericht zur Wehrmachtsausstellung

Ein kurzer Aufenthalt in München ermöglichte mir den Besuch der Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" im neuen Münchener Rathaus. Als ein neugieriger Mensch fragte ich mich, was denn dran sei an dieser Ausstellung, die in Bayerns Hauptstadt so heftige Diskussionen ausgelöst hatte. Um 10 Uhr öffnete die Ausstellung ihre Pforten, doch schon eine Stunde früher hatte sich eine Warteschlange bis auf den Marienplatz gebildet. Die Atmosphäre in der Warteschlange habe ich als sehr angenehm empfunden. Menschen aller sozialen Schichten und Altersklassen unterhielten sich angeregt über zuvor erschienene Zeitungsberichte im "Bayernkurier", über selbst gesammelte Informationen und über eine Broschüre, die von den Betreibern der Ausstellung an die Wartenden verteilt wurde. Nur selten versuchten einige Ewiggestrige die Ausstellungsbesucher von der Ehre und Unbeflecktheit der Deutschen Wehrmacht zu überzeugen.

Doch die Ausstellung beweist mit einer Vielzahl von Fotos, Filmen, schriftlichen Befehlen, Augenzeugenberichten und Geständnissen das Gegenteil. Niemand behauptet, daß die Wehrmacht und ihre Soldaten in ihrer Gesamtheit ausschließlich aus Kriegsverbrechern bestand, doch es wird ganz klar bewiesen, daß große Teile der Wehrmacht von Anfang an tief im Nazi-Sumpf und eine Vielzahl von Kriegsverbrechen von ihr begangen wurden, die denen der SS in nichts nachstehen. Der Inhalt der Ausstellung hat mich kaum überrascht. Warum sie so heftige Diskussionen hervorruft? - Keine Ahnung.

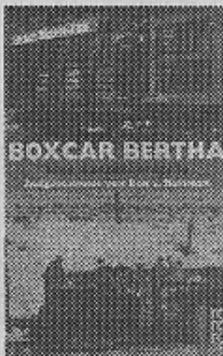
Überraschend fand ich lediglich die in die Sandsteinmauern des Rathauses eingravierten Widmungen, die das Deutsche Vaterland über alles stellen und für "Deutsches Volkstum, Deutsche Einheit, Ehre und Freiheit" eintreten.

Thomas Lorbach

Buchtip

Boxcar Bertha - Eine Autobiographie.

Aufgezeichnet von Dr. Ben L. Reitman. Rowohlt, 1996. 14,90 DM



Hobos waren eine Art Vorläufer der Punks im Amerika Anfang dieses Jahrhunderts. Ausgestoßene aus vielerlei Gründen, reisten sie auf Güterwagen quer durch den Kontinent und bildeten eine schillernde Subkultur. Über 13 000 der zeitweise fast 400 000 Hobos waren Frauen, wie Boxcar Bertha schätzt, und sie behaupteten ihren Platz in dieser Welt mit einem Selbstvertrauen, das vor dem Hintergrund des damals vorherrschenden Frauenbildes umso beeindruckender ist.

Dr. Ben L. Reitman, selbst Hobo und langjähriger Lebensgefährte der Anarchistin Emma Goldman, hat die Lebensgeschichte der Bertha Thompson niedergeschrieben und 1937 erstmals veröffentlicht.

"Hobos, Prostituierte, Wobblies, die Mitglie-

der der I.W.W., Vorkämpfer der freien Liebe, Kommunisten, Revolutionäre, Bohemiens - das war die Unterwelt unserer Gesellschaft, die zusammenhielt wie Pech und Schwefel, die Welt der lautstarken Proteste und der verspotteten Konventionen, der Kriminellen und der Protestmärsche, der Stadstreicher und der Redner an den Straßenecken, der Arbeitsscheuen, der Bahnpolizisten und ihrer Schuppen, der Nächte auf den Dächern der Güterwagen unter sternübersätem Himmel, der Nächte in Missionen und Gefängnissen, der Helden und Unruhestifter, der menschlichen Wracks, die betrunken in den Gassen lagen, der Ritter der Güterzüge, immer mit einem Fuß im Jenseits."

In dieser 'paradiesischen' Umgebung wächst Bertha auf und geht ihren Weg mit einer nie versiegenden Neugier und einem unstillbaren Lebens- und Freiheitsdrang, ohne falsche Bescheidenheit. Sie gibt einen Einblick in eine Welt, die in keinem Schulbuch beschrieben wird, und vermittelt eine Ahnung davon, warum diese Epoche in der offiziellen Geschichtsschreibung der USA nicht vorkommt.

Beschrieben wird eine Zeit des Umbruchs; eine "Welt voller Vitalität und Lebensfreude", "einem Leben in Elend und doch in Würde", ungetrübt von dem, was kommen sollte. Berthas Leben ist nicht ohne Widersprüche, aber selbst ihrer Arbeit als Prostituierte geht sie ohne Heuchelei und mit dem festen Glauben an eine menschenwürdige Zukunft frei von Unterdrückung nach. Sie studiert das

Leben, und kostet es in jeder seiner Facetten aus.

Hobos waren keine zwielichtigen Gestalten, die sich aus freiem Entschluß durchs Leben schnorren und gar nicht anderes wollten. Sie waren sich ihrer Position als Bodensatz in einem brutalem Kapitalismus, der die Menschen nach ihrer Verwertbarkeit sortierte, durchaus bewußt. "Drei Viertel der Landstreicher beiderlei Geschlechts gingen ursprünglich auf die Reise, weil sie Arbeit suchten", wie Boxcar Bertha im Auftrag eines von der Regierung angestellten Statistikers herausfindet, und selbst dieser sagt bei Durchsicht der zusammengestellten Daten:

"Zum Teufel mit einer solchen Gesellschaft! [...] "Wir müssen sie irgendwie zerstören, wenn wir Diebe, Gauner, Kriecher und Sklaven sein müssen, nur um leben zu können! Wer kann da ruhig und friedlich bleiben und sich damit zufriedengeben, seine Stimme nur bei den Wahlen abzugeben?"

Das Buch beleuchtet eine unbekannt Seite der Geschichte der USA, und erinnert unangenehm daran, wie anders alles hätte verlaufen können. Damals herrschte in großen Teilen der Bevölkerung eine revolutionäre Grundstimmung, und eine gleichzeitige Angst vor diesem Potential ("Red Scare"), die erst in den 50ern unter McCarthy wieder erreicht wurde. Diese Menschen besaßen einen Freiheitsdrang und unerschütterlichen Glauben an eine selbstbestimmtes Leben, dessen Mangel heute umso schmerzhafter ist.

Punk Anderson



GETAWAY!

Produktion: Beaters LOU 12

MI 300 MINUTES
+K+ KULT. ROCK DRUM & BASS ALTERNATIVE

DO DIE WILDE 13
MUSIK AUS DEN ALTEN 13 JAHREN GETAWAY!

FR SCHWEIB-NAB
+K+ KULT. POP DRUM & BASS ALTERNATIVE ROCK

SA ROCK-HOUSE
new * new * new * new * new * new * new

SO GROOVE INVASION
70IES SOUL HIP HOP FUNK ACID JAZZ
new * new * new * new * new * new * new

MI, DO, SO 20.00 - 1.00, FR 20.00 - 3.00, SA 21.00 - 3.00
Mi - 7.5. - 20.00 Uhr Eintritt: 7,-AK

420 MINUTES
in die Himmelfahrt hinein

So - 18.5. - 20.00 Uhr Eintritt: 7,-

GROOVE INVASION
Pfingstsonntag bis drei

Sa - 24.5. - 21.00 Uhr Eintritt: 12,-AK

HERZ BEIßt HAIFISCH
die Coolibri Party der brennenden Herzen

Diskothek - Kneipe - Livemusik
Kottendorferstr. 21 - 42697 Solingen
Telefon: 0212-71545, Fax: 0212-75433

MARC KIRCHHEIM
GALLERY & PRODUCTIONS

9.5. POTHEAD
DER KELLER, Solingen
21.00 - Vvk 18,-/AK 22,-

13.5. WALTARI & PYOGENESIS
ROLI KRIARD präsentiert
GETAWAY, Solingen
20.00 - Vvk 22,-/AK 26,-

TITANIC & HANSA PILS präsentieren

14.5. HEITER BIS WOLKIG
Mit nagelneuem Programm
STAHLWERK, Düsseldorf
20.00 - 15,-Vvk./18,-AK

31.5. SBV - JUGENDTAG
STREETBALLTURNIER - LIVEMUSIK
SKATE-VERLEIH, RAILS + RAMPS
NITEAUSSTELLUNG - TAGESFEUERWERK
KLETTERWAND - BIERKISTENKLETTERN
AEROTRIM FÜR ASTROFREAKS - MULTIMEDIA
alles zum Ansehen und sich informieren
ab 14.00 - in und um das GETAWAY

16.6. WALTER TROUT
GETAWAY, Solingen
20.00 - Vvk 19,-/AK 23,-

21.6. J.B.O.
GETAWAY, Solingen
20.00 - Vvk 19,-/AK 23,-

22.6. VISIONS - Festival
H-BLOCKX - TIAMAT
THUMB - LAGWAGON
HANDSOME - NAKED LUNCH
HAMM, Eisaporthalle
15.00 - Vvk 38,-/AK 42,-

25.6. HELGE SCHNEIDER
Konzertsaal, Solingen
in Vorbereitung:

Lee Perry - Ingo Appelt - The Busters
Herbert Knebel's Affentheater - Stoppok
Hans-Dieter Hüsch - Till & Obel - Herr Holm
Marlene Jaschke - Fiddler's Green - Stoppok

Kontaktpunkt für alle kulturellen Veranstaltungen
Infotelefon 0212/879669

Gruppeninfos

AG Weiße Rose: Treff jeden Di. 18 Uhr im Pavillon der Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international: Treff jeden ersten Mi. 20 Uhr, Kontakt unter 4 15 78

Autonome Antifa: Kontakt: Postfach 10 09 31

VVN / Bund der Antifaschisten: Kontakt: Nicole Thiele, Solingen, Neustr. 27, Tel.: 81 95 15

Bürgeraktion contra Westtangente: Treff jeden ersten Di. 19.30 Uhr im Gemeindezentrum der Lutherkirche, Kontakt unter Tel.: 1 78 45

Café International: Treff jeden ersten Mi. im Monat, Wupperstr. 120

Den Krieg überleben: Kontakt: H. Reckwerth, Am Eckbusch 39/85, Wuppertal, Tel.: 72 25 23

Frauengruppe International im Frauenverband Courage: Treff Fr. 2. 5. 97, 19.30 Uhr und danach 14tägig im Cafe Courage

Frauenhaus: Telefon: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Albrechtstr. 12, Tel.: 5 54 70

Graue Panther: Werwolf 57a, Tel.: 20 70 14

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Telefon: 8 05 23

RBN: Gemeinsamer Treff von RBN, BUND, NABU und Arbeitskreis Fledertierschutz am 13. 5., 19.30 h, Grundschule Westersburg, Tel.: 32 96 42

Schwuler Stammtisch: Jeden Fr. 20 Uhr im Café Cobra, Merscheider Str. 77-79

SJD - Die Falken: Richard-Wagner-Str. 96, Tel.: 58 61 87

Solinger Appell: Treff: Do. 8. 5. 97, 19.30 Uhr, danach 14tägig, Werwolf 57a, 42651 Solingen

SOS-Rassismus: Tel.: 20 10 00, Fax: 20 51 37

tacheles: Treff: Do. 15. 5. 97, 20 Uhr, danach 14tägig, Werwolf 57a, 42651 Solingen

Türkischer Volksverein: Tel.: 20 48 45

Treffpunkte

Café Courage: Klemens-Horn-Str. 3, Geöffnet: Mo. 15-19 Uhr, Di.-Fr. 11-19 Uhr (nur Frauen), So. 10-14 Uhr (Familientag), Tel.: 27 36 35

Intertreff: Van-Meenen-Str. 1, Tel.: 20 48 45, Mo., Di., Mi. 18-21 Uhr Folklore für Jugendliche, Do. Treff d. Türkischen Volksvereins, Fr. 18-21h, Folklore für Kinder, Sa., So.: Café und Vorträge

Bürgerfunktermine

Bürgerfunk - das andere Radio! 19.04 h über den lokalen Sender 94,3 MHz u. 99,95 MHz (Kabel).

Do. 1. 5. **Radio Kraftstation:** Donnerzeit

So. 4. 5. **Full-House** evang. Jugendmagazin

Mo. 5. 5. **Night Storm** harter Rock aus dem Studio der Gewerkschafter

Di. 6. 5. **Radiostammtisch Solingen** Thema: Der Jugendstadtradt, Diskussion

Fr. 16. 5. **Radio Klingenstein** Frido Schneiders Magazin

So. 18. 5. **Bergischer Mundartstammtisch Schloß Burg** mit Lothar Birkenstock

Mo. 19. 5. **Stechuhr** Magazin der Gewerkschaft

Mi. 21. 5. **Radio Kraftstation** Powerknödel

Do. 22. 5. **Radio Kraftstation** MIRS

Fr. 23. 5. **Radio 8**

Sa. 24. 5. **De Hangkgeschmedden** Sendung für Freunde der Solinger Mundart

Mo. 26. 5. 19.04 h: **Grüne Welle** Eine Sendung der Kreisjägerschaft, 19.30 h: **Money, Money** Verbrauchermagazin

Di. 27. 5. **Kreuzblende** Magazinsendung des Katholischen Bildungswerkes

Do. 29. 5. **Radio Kraftstation** Subotnix

So. 1. 6. **Full-House** evang. Jugendmagazin

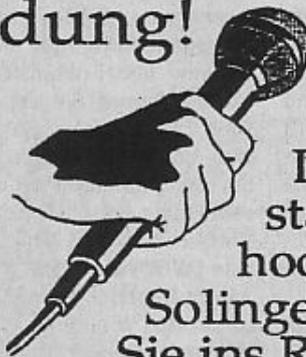
Mo. 2. 6. **Night Storm** Harter Rock

Di. 3. 6. **Radiostammtisch Solingen**

Do. 5. 6. **Radio Kraftstation:** Donnerzeit

Mi. 11. 6. **Young Connection**

Andere hören Radio,
Sie machen
die Sendung!



Die Radiowerkstatt der Volkshochschule Solingen bringt Sie ins Radio!

RADIO WERKSTATT

Telefon: 20 84 58
oder 290-24 70

vhs
Solingen